

Irene Bandhauer-Schöffmann

Deutsche Terroristinnen in Österreich

Konstruktionen von Geschlecht und Nation in den österreichischen Sicherheitsdiskursen anlässlich der Palmers-Entführung 1977

Die Involvierung von drei österreichischen Studenten in eine Lösegelderpressung, die von deutschen TerroristInnen der „Bewegung 2. Juni“ durchgeführt wurde, führte in Österreich zu sicherheitspolitischen Diskussionen und medialen Diskursen, die an die in den 1970er Jahren gängigen Deutungen des Terrorismus als „pervertierte Frauenemanzipation“ anknüpften, sich aber doch wesentlich von denen in der BRD unterschieden, indem sie auf Narrative zur österreichischen Identitätskonstruktion zurückgriffen.¹ Die Konstellation von dominanten deutschen Terroristinnen und „verführten“ österreichischen Tatbeteiligten konnte leicht mit der österreichischen „Opferthese“ verbunden werden, die zu dieser Zeit noch als master narrative einer Deutung der gemeinsamen Geschichte im Nationalsozialismus galt.

Der Text wird darstellen, wie der österreichische Staat und die Medien auf den aus der BRD „importierten“ Linksterrorismus reagierten und anhand der Entführung des Wiener Industriellen Walter Palmers im November 1977 analysieren, wie in der Terrorismusdebatte Ende der 1970er Jahre Geschlechterkonstruktionen mit nationalen Stereotypen verknüpft wurden. Ich werde die spezifisch österreichischen Deutungsmuster dieser Lösegelderpressung mit terroristischem Hintergrund darstellen und untersuchen, welche Rolle diese vergeschlechtlichten Diskurse für die Terrorismusbekämpfung spielten und inwieweit die Strategie der Deeskalation, die die mit absoluter Mehrheit regierende SPÖ und die linken Medien verfolgten, sich einer Feminisierung bzw. Infantilisierung der Angeklagten und Externalisierung des Phänomens Terrorismus bediente.

Basis meiner Analyse sind die Prozessakten des Strafgerichts Wien zum Fall Palmers, Zeitungen und Zeitschriften sowie Erinnerungen der involvierten Personen.

Rekrutierung österreichischer Studenten durch deutsche Terroristinnen

Anfang Mai 1977 verteilte Reinhard Pitsch, ein damals 22jähriger Student der Philosophie Flugblätter „Gegen Folter und Vernichtungshaft“ vor dem Hauptgebäude der Universität Wien, auf denen der Selbstmord Ulrike Meinhofs ein Jahr zuvor thematisiert und eine Untersuchung ihres Todes verlangt wurde, denn die Unterstützerszene der RAF in Österreich und der BRD ging davon aus, dass es sich um Mord gehandelt habe, begangen vom angeblich „faschistischen“ Staatsapparat der BRD. Der Student hatte bereits – in der damaligen Zeit der politischen Splittergruppen nicht ungewöhnlich – zahlreiche Mitgliedschaften in linken Vereinen hinter sich und war im Jahr 1977 von der trotzkistischen Szene zur Unterstützung der Ideen des „Guerillakampfes“ gekommen. Er engagierte sich in der Universitätspolitik, in den gerade erst von der sozialistischen Alleinregierung unter der Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg eingeführten Gremien der studentischen Mitbestimmung, und war Mitbegründer der „Arbeitsgruppe politische Gefangene / Arbeitskreis politische Prozesse (APG)“, einer Gruppe, die in Wien RAF-Ideologie vertrat.

Dass die Frau, die Reinhard Pitsch beim Flugzettelverteilen angesprochen hatte, Inge Viett, eine der meist gesuchten deutschen Terroristinnen war, erkannte er vorerst nicht, das erfuhr er erst später. Fahnungsplakate waren in Österreich nicht omnipräsent und selbst Studierende, die sich als Teil der Unterstützerszene des deutschen Linksterrorismus verstanden, erkannten eine Terroristin nicht. Inge Viett und Juliane Plambeck, die mit Pitsch ins Gespräch kommen wollten, gaben an, in Tübingen zu studieren und erkundigten sich bei Pitsch über das Studium in Wien und über die Formulare, die man in Österreich für eine polizeiliche Anmeldung brauche. „Unter anderem fragten sie mich“, so Pitsch bei einem Verhör durch die Staatspolizei, „ob sich die Solidarität meiner Gruppe auf den Tod von Ulrike Meinhof oder auf die ‚Kämpfer‘ bezieht. Ich hatte zunächst den Eindruck, dass beide Frauen einer legalen politischen Gruppe aus dem süddeutschen Raum angehörten und möglicherweise mit der RAF sympathisierten.“²

Pitsch konfrontierte sie mit dem Namen eines ihm bekannten Mitglieds des Tübinger „Folterkomitees“; nachdem die beiden Frauen diese Person nicht kannten, schloss er daraus, dass ihre Angaben über Tübingen wahrscheinlich falsch waren. Viett wies Pitsch nun indirekt auf ihre Identität hin, indem sie ihn aufforderte, dem Fahnungsplakat des Bundeskriminalamtes (BKA) nach der Lorenzentführung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. (Die Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz am 27. Februar 1975 war die größte Aktion der „Bewegung 2. Juni“³, hierbei wurden inhaftierte TerroristInnen im Austausch gegen den entführten Politiker auf freien Fuß gesetzt.⁴) „Ungefähr nach dem zweiten oder dritten Zusammentreffen fragte ich sie, wie sie eigentlich heißen. Ich glaube Inge Viett war es, die mich fragte, ob es in Österreich keine Fahndungsblätter gebe. In diesen würde ich ihre Namen finden. Ich sah daher in der Zeitschrift ‚Spiegel‘ nach, und darinnen waren ihre Fotos.“⁵

In einem Interview aus dem Jahr 2006, das für den Dokumentarfilm „Keine Insel“⁶ aufgenommen wurde, erzählte Pitsch, dass er zwar in alten Nummern des „Spiegels“ nachgeblättert habe, die Identifizierung der beiden Frauen aber einer Freundin, Ingrid Strobl, die später in der BRD als mutmaßliches Mitglied einer terroristischen Vereinigung angeklagt wurde,⁷ überlassen habe, die im Kaffeehaus am Nebentisch saß und nach den Angaben auf den Fahndungsplakaten Viett zweifelsfrei als eine seiner Gesprächspartnerinnen erkannte. Er schilderte das Zusammentreffen bei einem Verhör der Staatspolizei wie folgt:

„Der Inge Viett stellte ich sofort nähere motorradtechnische Fragen, die sie zu meiner vollsten Zufriedenheit beantwortete. Daraufhin hielt ich ihr entgegen, dass sie Inge Viett sei, worauf sie nicht widersprach, sondern nur lachte. Ich wurde jetzt konkret und fragte beide was sie hier in Wien zu tun hätten. Sie erklärten, dass es nach den Ereignissen in Deutschland dort zu heiß sei und sie sich vorerst in Wien aufhalten wollen. Auf meine gezielten Fragen und eigenen politischen Ansichten gingen sie letztlich darauf ein, dass zumindest strukturelle, organisatorische und ideologische Unterschiede zwischen RAF und Bewegung 2. Juni bestehen. Sie brachten wiederholt zum Ausdruck, dass diese Unterschiede nicht das wesentliche seien, sondern dass die Legalen die Illegalen zu unterstützen hätten. Das erwarte man auch von den Wienern.“⁸

Bei weiteren Treffen stieß auch Gabriele Rollnik dazu, die sich ebenfalls in Österreich aufhielt, das sie in ihrem publizierten Erinnerungsinterview als „eine Art Hinterland für uns“ bezeichnete, wo es „relativ ruhig zugeht“ und „wo sich keine bewaffnet kämpfenden Gruppen aber auch kein entsprechender Sicherheitsapparat wie in der BRD gebildet (hatten)“.⁹ Dass es sich um Terroristinnen der „Bewegung 2. Juni“ und nicht um RAF-Mitglieder handelte, nahmen die öster-

reichischen Studenten, die durch Pitschs Vermittlung mit den Terroristinnen Kontakt hatten, mit einer gewissen Enttäuschung zur Kenntnis.¹⁰

In späteren Interviews wird Reinhard Pitsch betonen, dass die Frauen aus der „Bewegung 2. Juni“ zwei „Probleme“ gehabt hätten: erstens die Wiederherstellung des Kontaktes zur RAF, der nach der Verhaftung von Günter Sonnenberg und Verena Becker unterbrochen worden sei und durch die österreichischen Kontakte zum Büro des RAF-Anwaltes Klaus Croissant wiederhergestellt werden sollte, und zweitens behauptete Pitsch, die deutschen Terroristinnen, die sich in Wien aufhielten, hätten „Männermangel“ gehabt – „nicht im üblichen Sinn, sondern einfach im konspirativen Sinn“, weil es – so seine Argumentation im Interview für den Dokumentarfilm „Keine Insel“ – für Pärchen weitaus einfacher sei, sich konspirativ zu bewegen.¹¹ Diese Erzählung, dass heterosexuelle Pärchen sich besser als Frauen im Untergrund bewegen könnten, ist weniger als Beschreibung der Probleme der in Wien lebenden Terroristinnen zu verstehen, die mühelos als Studentinnen getarnt Wohnungen anmieten konnten, sondern vielmehr der Versuch, ein counter narrative zu den hegemonialen Deutungen der Palmers-Entführung zu schaffen, indem Pitsch gegen die Erzählfigur der ‚pervertierten Emanzipation‘ von dominanten deutschen Terroristinnen das Paar als Ideal setzt.

Die Unterstützung der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ für das RAF-Mitglied Waltraud Boock

Die drei Studierenden Thomas Gratt (1956–2006), Othmar Keplinger (1958–2010) und Reinhard Pitsch (geb. 1954), die mit den in Wien lebenden TerroristInnen Kontakt hatten, gehörten zu einer Gruppe von Studierenden, die kein Geheimnis daraus gemacht hatten, dass sie Kontakte zum RAF-Anwalt Croissant pflegten und die in Wien – sowohl bei ihren KommilitonInnen als auch bei der Staatspolizei – als Unterstützer der RAF-Szene bekannt waren. Die „Arbeitsgruppe politische Gefangene / Arbeitskreis politische Prozesse (APG)“, eine Gruppe von ca. 6 bis 10 Personen, vorwiegend Studierende, wurde im April 1977 gegründet und war eine Untergruppe des österreichischen Unterstützer zur Durchführung eines „Russell-Tribunals“ zur Dokumentation und Kritik der politischen Unterdrückung in der BRD.¹² „APG war Vorfeld der RAF“,¹³ sagte Pitsch Jahrzehnte später in einem Interview. Ähnlich wie die Gruppen in der BRD organisierte sich auch diese österreichische Gruppe um die so genannte „Knastarbeit“, das hieß für die ÖsterreicherInnen Kontaktpflege mit den Unterstützungsgruppen für den Linksterrorismus in der BRD, wie z.B. Besuche im Rechtsanwaltsbüro Croissant in Stuttgart, das als Drehscheibe für die Unterstützerszene der Roten Armee Fraktion (RAF) galt. In Österreich selbst war das vorrangige Ziel der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ – abgesehen von den Diskussionen über den bundesdeutschen Terrorismus, die Stadtguerilla, den Prozess in Stammheim (der am 28. April 1977 abgeschlossen wurde) und die Lage der „politischen Gefangenen“ – die Unterstützung der 1976 wegen Bankraubs¹⁴ in Wien inhaftierten und zu 12 ½ Jahren Haft verurteilten deutschen Terroristin Waltraud Boock.¹⁵

Während der überwiegende Teil der linken Gruppierungen den bewaffneten Kampf ablehnte und als völlig untaugliche politische Strategie ansah, die überdies die Arbeit der vielen linken Initiativen und Projekte gefährde, waren Mitglieder der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ davon überzeugt, dass Solidarität mit der RAF eingefordert werden müsse. Pitsch, Gratt und Keplinger „lagen allen eher links eingestellten Studenten ständig in den Ohren, sie sollten doch auch Boock besuchen“,¹⁶ schrieb die „Arbeiterzeitung“ über sie. Die „Arbeitsgruppe politische

Gefangene“ behauptete, Boock befinde sich in Wien in „Isolationshaft“, womit sie ein völlig unrichtiges Bild der Haftbedingungen zeichnete,¹⁷ und in Österreich bloß die Politik der RAF wiederholte, die die Haftbedingungen in Stammheim zur „Vernichtungshaft“ stilisiert und zu einem zentralen Thema ihrer Politik und der Mobilisierung der Unterstützerszene gemacht hatte. Man gab eine Presseerklärung zur Unterstützung des Hungerstreiks¹⁸ von Boock heraus, und sie wurde regelmäßig von den Mitgliedern der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ besucht. In dem von einer Besucherin für die anderen Gruppenmitglieder verfassten Bericht zu Bocks Haftsituation hieß es: „Letzte Woche hat sie Antrag auf neue Mitgefangene gestellt. Die jetzige (eine Fixerin) bezeichnet sie als reaktionär. Überhaupt dienen ihre bisherigen Mitgefangenen eher zum Kompensieren als zur Durchbrechung der Isolation. Scheinen ihr sämtlichst so ausgesucht, dass sie ihre Situation intellektuell nicht aufarbeiten kann.“¹⁹

Gratt sah in seinem Engagement für Boock – das bei den übrigen linken Gruppen in Wien auf wenig Resonanz stieß, denn nur die Kleinstgruppe „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ solidarisierte sich mit der RAF – das entscheidende Motiv für seinen eigenen Beitritt zu einer terroristischen Bewegung. Seine politischen Darstellungen, aber auch die zensurierten und daher im Gerichtsakt erhalten gebliebenen Briefe zeigen, dass er sich intensiv mit seinem Übertritt in die Illegalität und seiner Rolle in der Gruppe befasste, aber auch mit Personen, die als „Aussteiger“ galten. So schrieb er im Sommer 1978, nach sieben Monaten Haft, an eine Freundin:

„soll ich dir mal verraten, welches der punkt war, der mir im vergangenen sommer den letzten kickser gegeben hat? Es ging damals darum, ob wir, also damals noch die revolutionäre wiener linke uns mit einem hs [=Hungerstreik] von waltraud solidarisieren sollten oder nicht. [...] der gipfel war, dass diese schmierigen typen (tantan sind ja in der wiener scene kaum zu finden) es mit einer linken politischen einstellung für unvereinbar hielten, eine solidaritäts adresse in einem der wiener käseblätter zu unterschreiben. Da hat es dann heftige diskussionen gegeben, [...] und mir hat's danach gereicht, dass ich gesagt habe, noch einmal versuche ich nicht jemanden zu einer rein verbalen solidarität zu bringen, sondern solidarisiere mich lieber selbst und zwar aktiv (so gesehen bin ich nur im knast um die isolation von w.[=Waltraud Boock] zu durchbrechen?!?)“²⁰

In der Untersuchungshaft verlangte Gratt eine Zusammenlegung der „politischen Gefangenen“, damit meinte er die drei an der Palmers-Entführung beteiligten Studenten und Waltraud Boock. So wie er vor der Verhaftung die politischen Inhalte, die Sprache, die Schreibweise, die bundesdeutschen Ausdrücke übernommen hatte, so übernahm er auch für sich selbst das Szenario der „Isolationsfolter“. Er schrieb im Sommer 1978 an eine Freundin von Konzentrationschwierigkeiten ausgelöst durch „lange Isolation“, nannte das „sensorische Deprivation“ und „Folter“, erwähnte aber gleichzeitig in dem Brief, dass er in seiner Zelle las, Briefe verfasste und Radio hörte.²¹

Anlässlich der kollektiven Selbstmorde in Stammheim kam es am 18. Oktober 1977 nachmittags zu einer unangemeldeten Demonstration von ca. 25 Personen in der Wiener Innenstadt am Graben Ecke Kohlmarkt und in der Nacht zu ausgedehnten Sprayaktionen, bei denen auch Wiener Denkmäler mit RAF-Parolen besprayt wurden. Eine Medizinstudentin, die Mitglied der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ war und an den „Schmieraktionen“ – wie es im Polizeijargon hieß – teilgenommen hatte, gab nach eingehender Befragung bei der Staatspolizei zu Protokoll: „Auf weiteres Befragen gebe ich an, dass diese Spontanaktion im Cafe Uschi besprochen wurde und ich nicht angeben kann, wie viele ‚Spontis‘ sprühten. [...] Wir sprühten auf Hausmauern, Plakatwände, auf den Gehsteig, auf E-Werk-Verteiler- bzw. Schaltkästen. Motiv

der Sprühaktion waren die Stammheimer-Vorfälle – ich sage bewusst, der ‚Stammheimer Morde‘ – sowie ein Gutteil Spaß an der Aktion.“²²

Der engere Freundeskreis um Pitsch und Keplinger plante auch, einen deutschen Reiseautobus „zu flambieren“²³, für diese geplante Aktion wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November ein Test mit brennbaren Flüssigkeiten durchgeführt, über den Pitsch im Verhör mit der Staatspolizei folgendes berichtete:

„Ich muss vorerst angeben, dass sich außer [nennt Namen] wir anderen nach den Ereignissen in Stammheim (Morde in Stammheim) darüber Gedanken machten, in Österreich ähnliche Aktionen zu unternehmen, wie sie in Italien oder Frankreich durchgeführt wurden. Wir beschlossen, einen Reisebus aus der BRD anzuzünden. Da wir uns nicht einigten, wie dies und mit welchen Mitteln technisch durchzuführen wäre, beschlossen wir vorerst einen Test zu machen.“²⁴

Man fuhr zu fünft in den Wienerwald, schüttete die erworbenen Treibstoffe auf die Fahrbahn und zündete diese gleichzeitig an, und wunderte sich, dass nur das Benzin lichterloh brannte; auf der Heimfahrt beschloss man, die geplante „Aktion Autobus“ zu unterlassen.²⁵

Als die Hintergründe der Palmers-Entführung bekannt wurden, mutmaßte die „Kronenzeitung“, dass Waltraud Boock aus dem Gefängnis heraus „Terroristin und Lehrmeisterin“²⁶ der österreichischen Studierenden gewesen sei. Dass das Boulevardblatt über den „Unterricht bei W. Boock“ schrieb und damit ein Szenario nach deutschem Muster entwarf, das sich sowohl gegen die Justizreform von Minister Christian Broda richtete als auch massiv Ängste vor Terrorismus schürte, veranlasste das Bundesministerium für Justiz, in einer Stellungnahme darauf hingewiesen wurde, dass die österreichische Strafprozessordnung und das Strafvollzugsgesetz vorsahen, Besuche bei Gefangenen, mit Ausnahme der Besuche der Verteidigung, zu überwachen und dass diese gesetzlichen Bestimmungen auch bei Boock in jedem Fall eingehalten worden seien.²⁷ Diese Stellungnahme erschien als „Leserbrief an Staberl“ einen Monat später in der „Kronenzeitung“.

Im Schatten der RAF – die „Bewegung 2. Juni“

Die „Bewegung 2. Juni“ – eine terroristische Gruppe, die sich kurz nach Jahresbeginn 1972 in Berlin gebildet hatte und im Juni 1980 der RAF beitrug und sich auflöste – stand in der öffentlichen Perzeption immer im Schatten der RAF. Im Unterschied zur RAF kultivierten die Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ einen hedonistischen Lebensstil, waren aktionistisch, antiintellektuell, weniger hierarchisch organisiert, und kritisierten die RAF als elitäre, rigide, theorie-lastige Truppe. Viel mehr als die RAF war die „Bewegung 2. Juni“ daran interessiert, eine positive Resonanz bei der Bevölkerung zu erreichen, sie waren intensiver mit dem legalen linken Umfeld verbunden und gaben sich einen proletarischen Anstrich, freilich ohne von der Mitgliederstruktur her wirklich diesem Anspruch zu genügen.²⁸ Von den Personen, die im Sommer und Herbst 1977 in Wien lebten, hatte nur Inge Viett eine proletarische Herkunft und Vernachlässigung, Kinderheim und ein Leben in der dörflichen Unterschicht hinter sich gebracht.

Im Mai 1977 hatten sich Inge Viett (geb. 1944), Gabriele Rollnik (geb. 1950) und später ab Ende Juni auch Juliane Plambeck (geb. 1952, gest. 1980 bei einem Verkehrsunfall) und andere Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ – darunter Gabriele Kröcher-Tiedemann (1951–1995), Code-

name „Nada“, die in Wien 1975 an der Opec-Geiselnahme beteiligt war und später mit Thomas Gratt eine Liebesaffäre hatte,²⁹ weiters Ina Siepman, Angelika Goder, Ingrid Barabass, Gudrun Stürmer, Christian Möller und Klaus Viehmann – nach Wien abgesetzt, um dem steigenden Fahnungsdruck in der BRD zu entgehen und eine große „Geldbeschaffungsaktion“ durchzuführen.³⁰ Inge Viett, die an der Entführung von Peter Lorenz beteiligt gewesen war, hatte sich durch zweimaliges Ausbrechen aus einem Berliner Frauengefängnis einen gewissen Ruf ins der linken Szene erworben. Als führendes Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ war sie im Herbst 1975 wieder inhaftiert worden und dann gemeinsam mit Juliane Plambeck, Gabriele Rollnik und der RAF-Aktivistin Monika Berberich im Juli 1976 aus dem Berliner Frauengefängnis Lehrterstraße entkommen. Die Berliner Zeitungen hatten dieses Ereignis mit extrem sexistischen Zuschreibungen kommentiert und die diffamierende Verknüpfung lesbisch/feministisch/terroristisch aufgestellt. In der „Bild“-Zeitung lautete die Schlagzeile: „Terrormädchen. Ausbruch, weil sie lesbisch sind?“³¹

Die „Bewegung 2. Juni“ hob sich sowohl hinsichtlich des höheren Frauenanteil an den Mitgliedern als auch hinsichtlich der weiblichen Führungsfiguren von andere Gruppen ab.³² Im Unterschied zu den anderen terroristischen Gruppen in der BRD und West-Berlin, gaben in der „Bewegung 2. Juni“ Frauen den Ton an. Während bei der RAF Andreas Baader und bei den „Tupamaros West-Berlin“ Dieter Kunzelmann und Georg von Rauch Führungspositionen hatten, und ein machistischer Ton vorherrschte, wurde die „Bewegung 2. Juni“ von Frauen wie Ina Siepman und Inge Viett dominiert. Einige Männer der „Bewegung 2. Juni“ brachten das in einem Interview mit der Illustrierten „Stern“ ironisch zum Ausdruck: „Beim 2. Juni unterdrücken die Frauen die Männer und die Proleten die Studenten, sowie umgekehrt.“³³ Inge Viett unterstreicht in ihren Memoiren an vielen Stellen diese Selbststilisierung der „Bewegung 2. Juni“ als Ort der Frauenemanzipation und kommentierte das oben zitierten Interview als „Scherz“ mit „einem Kern Wahrheit“. „Was hier die Genossen augenzwinkernd mit Unterdrückung bezeichnen, ist die vehemente Entfaltung der Eigenständigkeit von uns Frauen, die umfassende Entwicklung von Fähigkeiten, wie sie die Männer nicht von Frauen gewöhnt waren.“³⁴

Die Terroristinnen in Wien erwarteten von den österreichischen Studenten Unterstützung bei ihren Aktivitäten, ohne zunächst konkret zu sagen, dass von der „Bewegung 2. Juni“, die zu diesem Zeitpunkt von Inge Viett als „nicht mehr wirklich existent“³⁵ charakterisiert wurde, eine Lösegelderpressung geplant war, denn: „Jeder Neuanfang in der Illegalität verlangt zunächst die Sicherung der ökonomischen Grundlage.“³⁶ Viett und Plambeck fragten Pitsch, ob er einen weiteren „verlässlichen Genossen“ kenne, und so stellte Pitsch den Kontakt zu seinem Studienkollegen Thomas Gratt her, der ebenfalls als Studienrichtungsvertreter und in der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ tätig war. Gratt, ein 20jähriger Student der Theaterwissenschaft war interessiert, mit „Illegalen“ zusammenzutreffen und wurde schließlich im Laufe des Sommers 1977 auch Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ und Mittäter bei der „Geldbeschaffungsaktion“. Ein weiterer Studienkollege, der damals 19jährige Othmar Keplinger, ebenfalls ein Student der Theaterwissenschaft, und wie die beiden anderen Studenten in der Studentenpolitik und in der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ engagiert, traf sich ebenfalls regelmäßig mit den Terroristinnen. Während Gratt von den Terroristinnen rekrutiert werden konnte und im Laufe des Sommers beschloss, sich zu „illegalisieren“, vollzogen seine Kommilitonen diesen Schritt zu einer Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nicht, sie unterstützten aber ihren Freund und die Terroristinnen. Pitsch half z.B. bei der Beschaffung von österreichischen Reisepässen, Keplinger lenkte eines der Fluchtautos, als sich Gruppenmitglieder nach der Palmers-Entführung aus Österreich absetzen.

Gratt, der sich in der Untersuchungshaft als „Gefangener der Bewegung 2. Juni“ bezeichnete, schildert rückblickend seine Kontakte zum Anwaltsbüro Croissant und das Kennenlernen der in Wien lebenden Terroristinnen:

„als sich auch in wien ein kommittee zur unterstützung einer russell-initiative zur untersuchung der zustände in der brd bildete, wurde dieses vom wiener ‚a.p.g.‘ zunächst voll unterstützt. zur steigerung der möglichkeiten der arbeit dieser ‚russell-initiative‘ wurden anfang mai auch kontakte zu bereits bestehenden ähnlichen gruppen in der brd aufgenommen, wobei natürlich für die apg der kontakt zum stuttgarter ‚büro-croissant‘ von bedeutung war, da von dort unterlagen über den kampf der inhaftierten genossen zu erhalten war[en]. in diesem zusammenhang nahm ich auch an einer fahrt nach stuttgart teil nachdem ich bereits zuvor in wien mit anwalt neverla gesprochen hatte, der nach wien gekommen war, um sich mit dem hiesigen anwalt der genossin waltraud boock zu verständigen. in der zwischenzeit, kurz nach dem 12. Mai (tag der uni-wahlen) hatte ich auch einen besuch bei waltraud im knast gemacht, was sicher nicht unwesentlich dazu beitrug, dass in dieser zeit mein verhältnis zu reinhard pitsch, welches bis dahin sehr unterkühlt war, vermittelt durch die gemeinsame arbeit intensiviert wurde. Es stellte sich rasch heraus, dass wir beide den entschlossens-ten standpunkt zum bewaffneten kampf einzunehmen schienen, auf was es jedoch konkret zurückzuführen ist, dass p. mir im verlaufe dieser ersten mai-wochen eröffnete, er hab[e] kontakt zu illegalen kämpfern entzieht sich jedoch bis heute meiner kenntnis. jedenfalls nahm ich das angebot [an], er könne mich mit den genossen bekannt machen.“³⁷

Die Entführung des Wiener Industriellen Walter Palmers

Am 9. November 1977 wurden von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“, wozu zu dem Zeitpunkt auch bereits Thomas Gratt gehörte, der Wiener Industrielle Walter Palmers³⁸ entführt und nach Übergabe des Lösegeldes von 30,5 Millionen Schilling unversehrt wieder freigelassen. In einer Wohnung im VI. Bezirk, Webgasse 42/3, die unter falschem Namen angemietet worden war, wurde der Industrielle Palmers hundert Stunden lang in einem Verschlag festgehalten, jedoch in diesem so genannten „Volksgefängnis“ keinen Verhören unterzogen. Nach einer Lösegeldzahlung, die die Familie Palmers – ohne die Polizei davon zu informieren – getätigt hatte, konnte der Seniorchef unverletzt zu seiner Familie zurückkehren. Gratt gehörte zu den Personen, die das Entführungsoffer bewachten, er rief die Familie Palmers an, um die Lösegeldforderung von ursprünglich 50 Millionen S zu übermitteln, und wirkte auch bei der Übergabe des Lösegeldes mit. Die meisten Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ verließen sofort nach der geglückten Geldbeschaffung Österreich, die restlichen noch in Wien verbliebenen deutschen TerroristInnen beabsichtigten, mit zwei gestohlenen Fahrzeugen über die Schweiz nach Italien zu entkommen. Fahrer der Fluchtfahrzeuge waren Gratt und Kepplinger, wobei Kepplinger ursprünglich gar nicht als Fahrer vorgesehen worden war und dann von seinem Freund Gratt nur gebeten wurde, ein Auto zu überstellen. Bereits während der Fahrt durch Österreich teilten sich dann die Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ auf beide Fluchtfahrzeuge auf und Kepplinger befand sich plötzlich mitten in einer Fluchtbewegung von gesuchten TerroristInnen.³⁹ Auf der Flucht ließen die deutschen TerroristInnen die beiden Studenten mit den Autos in der Schweiz zurück, während sie ungehindert in einem Pendlerzug nach Italien fuhren. Gratt und Kepplinger aber wurden bei der versuchten Überstellung der Fahrzeuge, die sie äußerst dilettantisch durchführten, am 23.

November 1977 in Chiasso an der Schweizerisch-italienischen Grenze verhaftet. Pitsch fasste die Polizei in Wien fünf Tage später. Einen sehr kleinen Teil des Lösegeldes hatte die Schweizer Polizei bei Gratt sichergestellt, der Großteil des erpressten Geldes war von den deutschen Terroristinnen gleich nach der Lösegeldübergabe ins Ausland verbracht worden und sollte der „Bewegung 2. Juni“ später als Eintrittsgeld für den Zusammenschluss mit der RAF dienen. In der Auflösungserklärung von Juni 1980 schworen Viett und Plambeck und die meisten der inhaftierten weiblichen Mitglieder ihrer bisherigen spontanen, aktionistischen Politik ab, die das Ziel gehabt habe, „die Jugendlichen anzutörnen“,⁴⁰ und wurden RAF-Mitglieder.

Österreich – ein Land ohne Terrorhysterie?

Österreich war für die deutschen Terroristinnen ein Land, wo sie ohne Fahnungsdruck leben konnten. Problemlos mieteten die deutschen Terroristinnen drei Wohnung in Wien, eine davon als Untermiete in einem Mietshaus, in dem zahlreiche Studenten wohnten. Üblicherweise waren während des vorlesungsfreien Sommers viele Studierende außerhalb von Wien erwerbstätig und vermieteten ihre Wohnungen. So auch ein Südtiroler Medizinstudent, der mit seinem Freund und dessen Freundin eine Wohnung teilte. Nachdem er bereits nach Schweden abgereist war, um mit einem Ferialjob Geld für sein Studium zu verdienen, teilt ihm seine Mitbewohnerin mit, „dass Elmar zwei Schweizer Mädchen, welche allerdings einen deutschen Dialekt sprechen, als Mieter für unsere Wohnung gefunden hätte. Sie erwähnte auch, dass die beiden Mädchen die Miete für zwei Monate im voraus bezahlt hätten. Von Elmar [...] erfuhr ich, dass die beiden Schweizer Mädchen nicht sonderlich gut ausschauten und daher erlahmte auch mein Interesse.“⁴¹ In Wien herrschte im Sommer 1977 ganz anders als in der BRD keine generelle Terrorismus-Hysterie, und es machte offensichtlich niemanden stutzig, dass Frauen, die sich als Schweizerinnen ausgaben, deutschen Dialekt sprachen. In diesem Wohnhaus waren sechs Wohnung von Studenten belegt, die einen guten Kontakt untereinander hatten: „Von den im Sommer zurückgebliebenen Studenten erfuhr ich dann, dass sich die beiden Schweizer Mädchen von den übrigen Studenten distanzierten und kontaktscheu waren. Angeblich bekamen sie Männerbesuche,“⁴² berichtete der Student, der die Wohnung vermietet hatte, der Staatspolizei.

Die Erhebungen der Staatspolizei brachten keine Erkenntnisse, denn niemand im Wohnhaus und den umliegenden Lebensmittelgeschäften konnte sich an die Frauen erinnern,⁴³ wohl aber fand man in allen von den Terroristinnen benützten Wiener Wohnungen Fingerabdrücke und Reste von Utensilien einer Fälscherwerkstatt. Die beiden anderen Wohnungen wurden erst im Laufe des Jahres 1978 ausfindig gemacht, als die Hausbesitzer die Wohnungen räumen ließen, weil die Miete längere Zeit nicht bezahlt worden war. Die TerroristInnen frequentierten die einschlägigen Szenelokale in Wien und verunsicherten mit diesem Verhalten diejenigen Studenten, die mit ihnen Kontakt hatten und nicht auf ein zufälliges Zusammentreffen in Lokalen vorbereitet waren.⁴⁴

In Wien war die „innere Sicherheit“ noch kein großes Thema der Politik.⁴⁵ Zwar hatte Österreich mit den terroristischen Anschlägen auf die jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion im September 1973 und auf die OPEC Ende Dezember 1975 Terrorismus im eigenen Land erlebt, doch die TerroristInnen waren von außen gekommen und hatten ein „ausländisches“ Ziel, nämlich sowjetische Juden bzw. die Teilnehmer an der Konferenz der erdölexportierenden Länder ausgewählt. Natürlich gab es auch in Österreich Aufsehen erregende Verhaftungen vermeintlicher Terroristen oder Sympathisanten, wie etwa die von Elmar Altwater in Innsbruck, aber

insgesamt hielt sich die Erregung und die mediale Inszenierung von angeblich bedrohter innerer Sicherheit doch in Grenzen. Bis zur Palmers-Entführung war Terrorismus ein Phänomen, das in linken Zeitschriften intensiv diskutiert wurde, das aber als ein außerhalb Österreichs stattfindendes, vornehmlich deutsches Problem rezipiert wurde.⁴⁶ Hatte der Spiegel also recht, wenn er rückblickend schrieb: „Während nämlich 1977, zu Zeiten der Morde an Buback und Ponto, europaweit die Staatsschützer alarmbereit waren, gingen die Deutschen mit den Steckbriefgeheimern in Wien auf Helfersuche.“⁴⁷

Die Staatspolizei überwachte zwar die Personen im Umfeld der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ und der Russell-Initiative, doch wenige Tage vor der Palmers-Entführung stellte man die Überwachung von Pitsch wieder ein. Die Staatspolizei „nimmt nicht an, dass P. mit der Entführung des Walter Palmers in Zusammenhang steht, da die Observation von P. erst einige Tage vor dem 9.11.1977 abgebrochen worden war und P. von dieser Observation Kenntnis hatte,“⁴⁸ hieß es am 21.11. in einem Bericht der Staatspolizei. Diese Fehleinschätzung der österreichischen Staatspolizei, der völlig entgangen war, dass sich in Wien Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ aufhielten, bestimmte auch das Verhalten der Politiker, die zur Palmers-Entführung Stellung nahmen. Bundeskanzler Kreisky meinte unmittelbar nach der Palmers-Entführung gegenüber der Presse: „Es gibt keinen Zusammenhang mit der deutschen Terroristenszene.“⁴⁹ Die Polizei hielt die Entführung des 74jährigen Seniorchefs der Firma Palmers für ein rein kriminelles Delikt ohne politischen Hintergrund und ging anfangs davon aus, dass es sich um eine „Familiengeschichte“ handele. Polizeichef Otto Kornek wollte am Montag nach der Entführung den Neffen des Entführungsofopfers, Michael Alexander Palmers festnehmen, dessen Firma Finanzprobleme hatte und dem man unterstellte, eine Erpressung vorgenommen zu haben; doch dem Untersuchungsrichter reichten die Indizien nicht aus.⁵⁰ „Halb Österreich war der Meinung, die Entführung wäre gestellt,“⁵¹ schrieb Peter Lingens rückblickend im „Profil“, denn: „Wir alle wollten uns ganz einfach nicht vorstellen, dass Terrorismus und Gewalt auf Österreich übergegriffen haben könnten. Das passt ganz einfach nicht ins Selbstbild.“⁵²

Auf eine Selbstwahrnehmung als ‚Insel der Seligen‘ und auf die im Vergleich zur BRD noch weit nachhinkende Ausbildung der Sicherheitskräfte hatten die deutschen Terroristinnen gesetzt, denn sie planten, die Entführung wie eine österreichische kriminelle Aktion aussehen zu lassen, damit es nicht zu einer Einschaltung des BKA komme. Nachdem Gratt der einzige Österreicher war, der zu den unmittelbar Tatbeteiligten gehörte, fiel ihm die Rolle zu, die Telefonate mit der Familie des Entführungsofopfers zuführen. Dabei nahmen die Terroristinnen in Kauf, dass Gratts starker Vorarlberger Akzent, eine auffällige Spur markierte. Ob Gratt sich darüber im Klaren war, bleibt dahin gestellt. Vor Gericht meinte er dazu:

„Nachdem ich mich entschlossen hatte, endgültig in der ‚bewegung‘ zu verbleiben, sollte alles möglichst so organisiert werden, dass bei bekannt werden nicht sofort der verdacht auf die genossen fiel, um dadurch zu verhindern, dass noch während der aktion ‚t-bullen‘ aus der brd in die ermittlungen eingeschaltet werden, da uns bekannt war, dass der stand der polizei in österreich noch weit hinter dem des bundeskriminalamts in wiesbaden zurück ist, was die aktion wesentlich vereinfachte.“⁵³

Erst als die zwei Studenten am 23. November 1977 in der Schweiz inhaftiert worden waren und die Kantonspolizei bei ihnen eindeutige Indizien (einen kleinen Teil des markierten Lösegeldes, zwei Waffen, die bereits bei Terroranschlägen verwendet worden waren, die Schreibmaschine, auf der der Erpresserbrief getippt worden war) vorfand, stand auch für die österreichischen

Behörden fest, dass es sich um eine Geldbeschaffungsaktion mit terroristischem Hintergrund gehandelt hatte. In der linken Szene war dagegen bereits einige Tage vorher klar gewesen, dass es sich um eine politisch motivierte Tat handelte und wer der Tatverdächtige war, denn die Polizei hatte am 17.11. unter einer Servicetelefonnummer eine Gesprächsaufzeichnung der Lösegeldforderung eines der Entführer für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht,⁵⁴ und die links orientierten Studierenden in Wien erkannten am ausgeprägten Vorarlberger Dialekt zweifelsfrei Thomas Gratt, der wie die beiden anderen involvierten Studenten in der linken Szene Wiens eine bekannte Person war. Gratts engere Freunde wussten ohnehin Bescheid, dass er Kontakte zu „Illegalen“ hatte und sich selbst in Wien in den „Untergrund“ begeben hatte. Seinen Eltern und Bekannten hatte er die Geschichte erzählt hatte, er wäre auf einer längeren Auslandsreise. StudienkollegInnen wundern sich aber über das geänderte Verhalten des Freundeskreises. So auch die Studentin I.S., die der Staatspolizei erzählte:

„All diese Leute hatten mir gegenüber in den letzten Wochen eine besondere Zurückhaltung und eine ungewöhnliche ‚Geheimniskrämerei‘ gezeigt. Ich habe sie aber nie darauf angesprochen. Bei der am 19.11.1977 stattgefundenen Einstandsfeier in der [Wohngemeinschaft in der] Mollardgasse wurde von den ‚Veranstaltern‘ Farbe und Pinsel bereitgestellt, um sich im Badezimmer ‚künstlerisch‘ betätigen zu können. Irgendwer, ich kann leider nicht sagen wer, wollte unbedingt den Slogan ‚kauft Palmersstrümpfe‘ aufschreiben. Warum dies dann unterblieben ist, kann ich nicht sagen.“⁵⁵

Sofort nach der Festnahme der Österreicher in der Schweiz, wurden Bekannte und Freunde der Verhafteten festgenommen, Wohngemeinschaften und Wohnungen durchsucht; am 25.11. fuhren österreichische Beamte⁵⁶ in die Schweiz. Nachdem man am 28.11. Reinhard Pitsch in Wien festnehmen konnte, trafen deutsche Terrorspezialisten zur Unterstützung der österreichische Polizei in Wien ein.⁵⁷

Mit der Palmers-Entführung war das Thema der inneren Sicherheit auch in Österreich angekommen und die bürgerliche Oppositionspartei ÖVP versuchte, aus diesem Entführungsfall politisches Kapital zu schlagen und forderte scharfes Vorgehen gegen linksgerichtete Gruppierungen und Zeitschriften, die man als Nährboden des Terrorismus ausgemacht hatte.

Die Sozialisten versuchten, eine Terrorismus-Hysterie in Österreich zu vermeiden und stellten sich gegen klar die Forderungen der Oppositionspartei ÖVP, die u.a. auch den linksgerichteten Zeitschriften und den Kreisen um Günther Nennung, dem Herausgeber des „Neuen Forum“, Schuld am Terrorismus gab. In der „Arbeiterzeitung“, der Parteizeitung der regierenden Sozialistischen Partei, wurde dagegen darauf verwiesen, dass die beteiligten Österreicher alle aus gutbürgerlichen Familien stammten: „Aus bürgerlichen Familien kommen sie alle – der heimische Herd als Brutstätte des Terrorismus?“⁵⁸

Gratt und Keplinger waren die Söhne von ÖVP-Politikern aus der Provinz (Gratts Vater war Vizebürgermeister, Baumeister und Landesturnwart, Keplingers Vater war Bürgermeister, Volksschuldirektor, Bezirksfeuerwehrchef⁵⁹) und wuchsen im konservativ-katholischen Familien auf. Ihr Interesse für linke Politik festigte sich, nachdem sie nach Wien übersiedelt waren und mit dem Studium der Theaterwissenschaften begonnen hatten. Pitschs Vater war Bauingenieur bei der Gemeinde Wien, die Mutter Lehrerin. Tatsächlich waren es Kinder aus der gesellschaftlichen Mitte.

Die Sozialisten warnten im Parlament vor Sympathisantenhutz und vor Bestrebungen, im Kampf gegen den Terror den Rechtsstaat anzugreifen,⁶⁰ Justizminister Broda bekannte sich zum

humanen Strafvollzug und hielt an seiner Vision einer Gesellschaft ohne Gefängnis fest; Innenminister Lanc trat den Scharfmachern entgegen, der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz hielt eine Radioansprache zum Thema Terrorismus, worin er die Forderung nach einem starken Mann verwarf und einen klaren Trennstrich zwischen der Arbeiterbewegung und den Terroristen zog.⁶¹ Nachdem die drei involvierten Studenten als Funktionäre in der Studentenpolitik aktiv gewesen waren, empörte sich der Volkszorn gegen die Studentenschaft. Anfang Dezember verwehrte sich der damalige Rektor der Universität Wien Werner Komarek dagegen, Studenten generell mit Terrorismus in Verbindung zu bringen.⁶²

Externalisierung, Feminisierung und Infantilisierung

Das linke und links-liberale Lager waren bemüht, die von den Boulevardzeitungen angeheizte Terrorismusdiskussion zu beruhigen und sie stützten sich hierbei auf zwei Narrative – Externalisierung und Feminisierung bzw. Infantilisierung –, mit denen der Situation das Bedrohliche genommen werden sollte.⁶³ Beim Narrativ der Externalisierung des Bösen konnte das kollektive Gedächtnis an den Umgang des österreichischen Staates mit dem Nationalsozialismus anschließen, auch hier hatte man das Böse außen, bei den Deutschen angesiedelt und die Österreicher als verführte und überwältigte Opfer dargestellt. Das Narrativ ‚klein und ungefährlich‘ war seit 1918 tief verankert, als die ÖsterreicherInnen hinnehmen mussten, fortan in einem Kleinstaat zu leben, weil das Habsburger Reich zerfallen war und ihnen der Anschluss an Deutschland von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs verboten wurde. Und das Narrativ des schlampigen und dilettantischen Österreichers war (und ist) eine gängige Stereotype zur Kontrastierung von den durchorganisierten und bürokratischen Deutschen. Die Narrative, die in der um Deeskalation bemühten österreichischen Terrorismusdiskussion bemüht wurden, knüpften an diese Traditionen an. Und so konnte die Geschichte der Palmers-Entführung und des Verhältnisses der deutschen Terroristinnen zu den österreichischen Studenten so erzählt werden als handle es sich um einen Teil der nationalen Groß Erzählung.

Bald nach der Festnahme der beiden Studenten in der Schweiz hegte die österreichische Presse Zweifel daran, ob diese Personen tatsächlich die maßgeblichen Täter seien. „Vielleicht haben die halben Kinder aus Österreich“ nur eine zweitrangige Rolle gespielt, vielleicht wurde ihr „irregeleiteter Idealismus von anderen, die möglicherweise sogar von außen kamen“ ausgenutzt, wurde in der „Arbeiterzeitung“ gemutmaßt. Die Verhafteten wurden als

„Terroristenlehrlinge“ bezeichnet, die sich festnehmen ließen, ohne zu schießen. Und man stellte die Frage: „Haben sich die waschechten Terroristen [...] tatsächlich darauf eingelassen, mit solchen Anfängern zu arbeiten?“⁶⁴

Das österreichische Wochenmagazin „Profil“ titelte mit dem Diminutiv „Die Austroanarchist:in:en“⁶⁵ und die Polizei, die den Personenkreis um die „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ staatspolizeilich überwacht hatte, lancierte ebenfalls die These von der Unfähigkeit der Österreicher. „Im Innenministerium spricht man davon, dass die jungen Österreicher wahrscheinlich ‚verheizt‘ werden sollten. Man hat in der RAF Szene sicherlich damit gerechnet, dass die unerfahrenen Terrorlehrlinge verhaftet und verurteilt würden, und das ganz bewusst in Kauf genommen, um auch in Österreich Märtyrer zu schaffen und damit hier besser Fuß fassen zu können.“⁶⁶

In diesen Tagen wurden ein Narrativ festgelegt, dass auch die spätere Prozessberichterstattung prägen sollte. Terrorismus wurde als deutsch, ausländisch definiert; Österreicher könnten gar keine Terroristen sein, weil sie dazu nicht fähig wären.

Im Unterschied zur BRD, wo die Politik und die Medien die Deutungsperspektive der RAF übernahmen und das Phänomen des Terrorismus als Krieg bzw. Bürgerkrieg interpretierten,⁶⁷ hatten sich diese militärischen Deutungsmuster in Österreich nicht durchgesetzt. Durch die Narrative der Externalisierung des Phänomens und die Infantilisierung bzw. Feminisierung der Angeklagten war einer (Bürger-)Kriegsdeutung und der damit einhergehenden extremen Spaltung der Gesellschaft ein Riegel vorgeschoben.

Vom 12. bis 16. Februar 1979 fand in Wien der Prozess gegen die Palmers-Entführer statt. „Terrorbuben lachen und schimpfen“, hieß es dazu in der Tageszeitung „Kurier“.⁶⁸ Die „Arbeiterzeitung“ nannte die drei Angeklagten „zu groß geratene Kinder“, und Pitsch einen „clownesken Revolutionär“ – der „wesentlich mehr clownesk als revolutionär“ sei.⁶⁹ Die Angeklagten wurden als „unreif“ und „pubertär“ bezeichnet und der Lächerlichkeit preisgegeben.⁷⁰ Im Unterschied zum politisch rechtsstehenden Massenblatt „Kronenzeitung“, das die Todesstrafe für Gratt forderte und zu einer Sympathisantenhatz auf die linken Gruppen aufrief, setzte die Parteizeitung der sozialistischen Regierungspartei auf Infantilisierung der Angeklagten. Man sprach ihnen auch die Bezeichnung Terroristen ab und wollte sie aus dem terroristischen Diskussionszusammenhang herausnehmen und als jugendliche Kriminelle stilisieren:

„Ohne die Handlungen dieser drei Angeklagten verharmlosen zu wollen – doch Terroristen sind sie nicht, auch Gratt nicht, der als einziger – und dies nur zu Beginn der Palmers-Entführung – aktiv mitwirkte. Am ehesten trifft auf das ganze der Begriff einer politischen Jugendkriminalität zu, gepaart mit einem naiven Hang zur Romantik: statt des Indianerspiels das Stadtguerillaspiel...“⁷¹

Gerichtsprozess und Verurteilung

Selbst die Aussagen, die das Entführungsoffer vor Gericht machte, trugen zur Lächerlichmachung der drei Angeklagten bei. „Überaus höflich sagte Walter Palmers zum Entführer Gratt: ‚Sie müssen verzeihen, aber zu Beginn der Entführung habe ich gedacht, was wollen denn die Trottel von mir?‘“⁷² Walter Palmers betonte, dass die Entführer ihn gut behandelt hatten, meinte aber, er könne dem „Kommando kein besonders gutes Zeugnis aus[stellen], was dessen Wachsamkeit betraf“.⁷³

Süffisant wurde in den Medien darüber berichtet, wie die Angeklagten sich vor Gericht verhielten und dass sie keineswegs darauf aus waren, bei den Geschworenen einen positiven Eindruck zu hinterlassen. So sagte etwa Keplinger: „Ich freue mich über jede Enteignungsaktion, auch über Banküberfälle.“⁷⁴ Gratt wurde vom Staatsanwalt Mühlbacher gefragt, was passiert wäre, hätte die Familie Palmers das Lösegeld nicht bezahlt, und er sagte darauf: „Die Guerilla hat nicht nur einmal bewiesen, wie sie sich verhält, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.“⁷⁵ Hier drängte sich wohl allen im Gerichtssaal der Gedanke an das von der RAF getötete Entführungsoffer Schleyer geradezu auf. Gratt beantwortete Fragen zu seinen deutschen Mitäterinnen nicht, stand aber für alle seine Handlungen ein, und es schien der Gerichtsreporterin der „Arbeiterzeitung“, als ob er vor dem Publikum im Gerichtssaal den „großen Revolutionär“ spielen müsse.⁷⁶ Die „Arbeiterzeitung“ war voll des Bedauerns für den Rechtsanwalt Klaus-Peter

Schrammel, den Verteidiger von Gratt: „Dazu kommt wohl, dass man sich als Anwalt noch eher mit einem Eifersuchtmörder identifizieren kann, als mit einem Pubertierenden, der sich nicht nur von Terrorprofis vereinnahmen ließ, sondern der auch noch hintennach im Gerichtssaal fast stolz auf seine Statistenrolle im Stadtguerillaspiel ist und sich damit um Kopf und Kragen redet.“⁷⁷

Gratts Verlesen von politischen Erklärungen um die Tat als politisch motiviert zu erläutern, folgte den Mustern, die Angeklagte linksterroristischer Gruppen in der BRD vorgegeben hatten, indem sie die Justiz als ‚faschistische Klassenjustiz‘ abgelehnt und die Gerichtssäle als Bühne benützten hatten, um ihre Politik medienwirksam vorzubringen und SympathisantInnen zu gewinnen. Gratt sah die österreichische Justiz als Teil des „faschistischen Staatsapparates“, der auf seine „Vernichtung“ aus sei:

„die hier folgenden erklärungen und ausführungen können nicht so verstanden werden, dass durch sie die kompetenz der bürgerlichen klassenjustiz – in der form eines schwurgerichts – zum urteil über eine aktion innerhalb des revolutionären kampfes in irgend einer form anerkannt würde. Vielmehr tragen sie dem umstand rechnung, dass dem polit. gefangenen in folge er vernichtungsstrategie des totalitären staates der politische prozess, neben dem kampf gegen die haftbedingungen, als eines der wenigen instrumente verbleibt, um den revolutionären kampf gegen die dikatur des kapitals und den proletarischen widerstand gegen ausbeutung und unterdrückung zu organisieren.

der versuch den politischen gefangenen durch den prozess zu kriminalisieren, ihn durch die haft nicht nur gefangen zu halten, zu isolieren, sondern ihn für sein politisches bewusstsein, seine identität in der revolutionären organisation zu bestrafen, ihn zu vernichten, zeigt den absoluten willen des kapitals, jede politische opposition zu leugnen und den revolutionären prolearischen kampf zu denunzieren. der gefangene kämpfer soll zu[m] ‚super-kriminellen‘ erklärt werden, um ihn unter dem vorwand ‚besonderer sicherheitsmassnahmen‘, durch isolationsfolter und vernichtungshaft zerstören zu können.

dieser versuch zur Kriminalisierung ist aber nur durch die übergehung aller im bürgerlichen rechts selbst gegebenen garantien zum schutz der politischen opposition und der der gefangenen aus den revolutionären internationalen widerstandsgruppen möglich. daran bereits wird der widerspruch sichtbar, der besteht zwischen der bürgerlich-pluralistischen ideologie mit ihren gesetzen und der totalen realität des faschistischen staatsapparat!“⁷⁸

Die Gerichtsreporterin der „Arbeiterzeitung“ Krista Karas konstatierte nach der Selbstdarstellung des Angeklagten Gratt mit einiger Verwunderung: „Was niemand für möglich gehalten hätte, ist passiert: Gratt ein österreichischer Terrorist.“⁷⁹ Ob nun das Verhalten der Angeklagten oder allein die Tatsache, dass die deutschen TerroristInnen nicht vor Gericht standen und man zur Abschreckung ein Exempel statuieren wollte, zum Strafausmaß beigetragen haben, sei dahin gestellt. Die Staatsanwaltschaft unterstrich die Mittäterschaft der beiden Angeklagten Keplinger und Pitsch, die schließlich auch beide als Beteiligte (Beihilfe nach § 12 des österreichischen STGB) zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, wobei die Geschorenen bei Keplinger sehr knapp mit 5 zu 3 Stimmen entschieden hatten. Die Verteidiger von Keplinger und Pitsch hatten beide für das Delikt Begünstigung argumentiert, das mit einer Höchststrafe von zwei Jahren belegt war.

Gratt wurde zu 15 Jahren verurteilt und verbrachte 13 Jahre in Haft. Pitsch wurde zu 6 ½ Jahren Haft verurteilt, er berief gegen das Urteil und erreichte, dass Ende 1979 durch den Obersten

Gerichtshof die Haftzeit auf 5 ½ Jahre verkürzt wurde⁸⁰, er wurde nach drei Jahren und acht Monaten entlassen. Auch Kepplinger, der 1979 zu fünf Jahren Haft verurteilt worden war, erreichte eine Herabsetzung seiner Haftstrafe auf vier Jahre, wurde jedoch nicht vorzeitig entlassen.

Von deutschen Terroristinnen verführt und im Stich gelassen

Politisch hatte sich die Linke in Wien von den späteren Palmers-Entführern und der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“, in dem die UnterstützerInnen der RAF tätig waren, bereits im Sommer 1977 abgegrenzt. Günther Nenning, der Herausgeber des „Neuen Forum“, das eine Plattform für eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und für eine linke Kritik am bewaffneten Kampf war,⁸¹ verteidigte traditionelle marxistische Positionen und die Politik der Arbeiterbewegung, und hob den „bürgerlichen“ Charakter des Terrorismus her. Im Oktober 1977 analysierte er Terrorismus als Generationskonflikt im bürgerlichen Lager, als „bürgerliche Familienaffäre“ und „bürgerliche Zangenoperation“ gegen die Arbeiterbewegung.

„Die kapitalistischen Altbourgeois führen Krieg gegen die Arbeiterbewegung von rechts [...] und die anarchistisch ausgeflippten Jungbourgeois führen Krieg gegen die Arbeiterbewegung von ultralinks. [...] Terrorismus ist Bürgerkrieg besonderer Art: anarchistisch gewordene Jungbourgeoisie gegen kapitalistisch gebliebene Altbourgeoisie. Groß- bis mittelbürgerlich – von der US-Milliardärstochter Patricia Hearst zur schwäbischen Pfarrrerstochter Gudrun Ensslin – ist der typische soziale Hintergrund der Terrorszene. Schon kleinbürgerliche Abkunft ist selten, Proletarier gibt's dort überhaupt keine (ab und zu abspringende Mitläufer wie Bommi Baumann).“⁸²

In den bürgerlichen Köpfen der Terroristen – so Günther Nenning – „verkomme der Sozialismus, wie radikal er auch sein mag, und gerade darum, zum romantischen Todestrieb“, die Arbeiterbewegung dagegen sei „langweilig realistisch und optimistisch“.⁸³ Nenning zitierte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Neues Forum“ anlässlich der kollektiven Selbstmorde in Stammheim „Marx zum Tode Baaders“: „Gewisse ultrarevolutionäre Phraseologie ennuyiert mich, denn sie gilt mir stets als Leere ...“⁸⁴

Als der Gerichtsprozess zur Palmers-Entführung im Februar 1979 in Wien ablief, wurde daher in der Linken nicht politisch argumentiert – das hatte man etwa im „Neuen Forum“ bereits vor der Palmers-Entführung anhand des Terrorismus in der BRD erledigt –, sondern es wurden psychologische Erklärungsmuster bemüht, wie sich auch die Verteidigung vorgebracht hatte.

Rechtsanwalt Klaus-Peter Schrammel, der Verteidiger von Gratt, sprach in seinem Schlussplädoyer von Gratts katholischer Erziehung in der österreichischen Provinz, von seinem Gerechtigkeitsinn und jugendlichen Orientierungsproblemen und vom Einfluss der deutschen Terroristinnen: „Gratt war damals rund 20 Jahre alt, als er die deutschen Frauen kennenlernte und glaubte nun das Motto seiner Familie verwirklichen zu können: Du musst was tun. [...] Sie suchten einen Soldaten und wählten ihn aus, das muss ihm Berge gegeben haben.“⁸⁵

In der Thematisierung der Geschlechterverhältnisse als zentralen Punkt zur Erklärung des Fall unterschieden sich linke Diskurse wenig von den Mainstream-Medien. Tenor war, dass die Wiener Linke diese Studierenden an die deutschen Terroristinnen verloren habe.

„Das Tauziehen zwischen der österreichischen Linken und der ‚Bewegung 2. Juni‘ um die drei APGler wurde im Herbst 1977 endgültig zugunsten der Terroristen entschieden [...] Gratt ging

in den Untergrund und bekam als Mitgliedsausweis eine Pistole der Type Makarov. Er wohnte zusammen mit Inge Viett, Gabriele Rollnik und Juliane Plambeck in der Burggasse,⁸⁶ schreibt Michael Siegert im „Neuen Forum“, einer Zeitschrift die von der konservativen Opposition zum „geistigen Umfeld“⁸⁷ des Terrorismus gezählt wurde. In einem anderen Text im „Neuen Forum“ hieß es Thomas Gratt sei „von drei ‚deutschen Tanten‘, eben den ‚Terrordamen‘, ‚adoptiert‘, geliebt und – delegiert“ worden.⁸⁸ Josef Dvorak stellte Gratt als unreifen, vom Vater enttäuschten Burschen dar, der seine psychologischen Probleme durch eine symbiotische Beziehung mit den deutschen Frauen gelöst habe:

„Bei Thomas Gratt ist eine bemerkenswerte Modifikation eingetreten: Vom Vater getrennt, frustriert und abgelehnt, dem (wie Studenten bezeugen) unpersönlichen, deprimierenden und verwirrenden Bürokratismus des Universitätsstudiums ausgeliefert, wurde er von drei ‚deutschen Tanten‘, eben den ‚Terrordamen‘⁸⁹, ‚adoptiert‘, geliebt und – delegiert. So konnte er für kurze Zeit die Ambivalenzbindung an den Vater und die Jahn-Turnkameraden gegen eine erotische Muttersymbiose eintauschen.“⁹⁰

In der Zeitschrift „offensiv links“ wurde Gratt als „Entführer und Verführer zugleich“ charakterisiert.⁹¹ Die ‚Kronzeitung‘ stellte Gratt als „williges Werkzeug der deutschen Terroristinnen“⁹² dar. Das Thema der „Verführung“ hatte in Anbetracht der drei dominanten deutschen Terroristinnen – der „Spiegel“ nannte es das „Damentrio“⁹³, mit dem Gratt zusammenwohnte – eine pikante Note. Ging es doch nicht bloß um die Verführung zur bösen Tat, sondern um die Verführung durch drei Frauen. Noch Jahrzehnte später wurde über diese archetypische Konstellation der Verführung durch die Frau bzw. Frauen räsoniert. In einem im Jahre 2002 geführtem Interview mit Thomas Gratt, das erst nach seinem Tod veröffentlicht wurde, fragte ihn der Interviewer: „Sind Sie von den Frauen der ‚Bewegung 2. Juni‘, von Viett, Rollnik, Plambeck sozusagen verführt worden?“ Gratt bemühte sich in der Rückschau auf seine Lebensgeschichte sein eigenständiges Handeln hervorzuheben und antwortete: „Verführung war nicht notwendig, eigentlich gar nicht möglich. Es war ein Angebot.“⁹⁴

Die vergeschlechtlichten Sicherheitsdiskurse stützten sich im Fall Palmers darauf, dass die Mitglieder der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ eine Frau – Waltraud Boock – betreuten und sich über diese so genannte „Knastarbeit“ mit einer Terroristin weiter radikalisiert hatten, dass die Studierenden von deutschen Terroristinnen angeworben worden waren und dass Frauen die Führungsfunktionen bei der Durchführung der Lösegelderpressung innehatten. Diese Politisierungsgeschichte der Studierenden und die Täterinnen/Täter-Konstellation im Palmers-Fall konnten in ein hegemoniales Interpretationsschema für den Linksterrorismus eingefügt werden. Seit Beginn der 1970er Jahre hatten die Behörden, Wissenschaft und Medien der BRD Terrorismus mit Frauenemanzipation verknüpft und die Terroristinnen als Ausdruck einer ‚pervertierten Emanzipation‘ beschrieben. An diese Diskurse, die Grenzziehungen zwischen richtigem und falschem Verhalten von Frauen verhandelten und die durch deutsche Medien (wie dem „Spiegel“⁹⁵) und auch durch österreichische Zeitungen und Zeitschriften verbreitet worden waren, konnte man bei der medialen Darstellung der Palmers-Entführung anknüpfen. Und schließlich fügten sich die Narrative über den einzigen terroristischen Fall in den 1970ern, an dem auch Österreicher beteiligt waren, auch in die archetypische Erzählung des von der Frau verführten (jungen) Mannes.

Strategien der Feminisierung der österreichischen Studierenden

Zu den Mutmaßungen über die professionellen Terroristinnen aus der BRD gehörte als Kehrseite der Medaille die Feminisierung bzw. Infantilisierung der österreichischen Tatbeteiligten. Gratt und Keplinger wurden im Wochenmagazin ‚Profil‘ als „übersensible, ein wenig naive, sehr weiche junge Männer, die die Identität ihrer Väter nicht übernehmen können und sich dennoch nach der großen väterlichen Autorität sehnen, an die sie sich anlehnen können“, dargestellt.⁹⁶ Die beiden Söhne von Provinz-Bürgermeistern seien dann in Wien auf Pitsch getroffen, der seine Weichheit „durch demonstrative Männlichkeit“ kompensiert habe und hätten in Pitsch eine Autoritätsfigur gefunden, der sie gefolgt seien, bis schließlich die deutschen Terroristinnen das Regiment übernahmen.

„Pitsch ist einer der vielen Kandidaten der Linken Liste: So kommt er mit Keplinger und Gratt zusammen. In der Folge sind die drei nahezu unzertrennlich; wo immer Pitsch auftaucht, folgen auch Keplinger und Gratt. Er brüllt sie an, sie gehorchen. Ihr Verhältnis hat manches von einer Ehe zu dritt, in der Pitsch der Mann ist.“⁹⁷

In diese Strategie der Feminisierung fügte sich ein, dass Keplinger als Pullover strickend porträtiert wurde. Die Besuche von Gratt und Keplinger beim inhaftierten RAF-Mitglied Waltraud Boock wurden in der Presse als unreife Schwärmerei für eine unerreichbare Frau dargestellt, wie sie bei Schülern (nicht bei Männern) vorkomme: „Sie schwärmen für Waltraud Boock wie Pennäler für die junge Frau des Schuldirektors – mit jener Inbrunst, die man nur für die Unwirklichkeit bereithält.“⁹⁸ Mit Beginn des Sommersemesters 1977 sei den Kommilitonen aufgefallen, „dass Gratt und Keplinger ihr Interesse am anderen Geschlecht auf eine einzige Frau konzentrierten: auf Waltraud Boock, von der sie per ‚Waltraud‘ in den Tönen höchster Verzückung sprachen. Sie schwärmten nicht mehr für die unterdrückte Arbeiterklasse, sondern für die unterdrückten politischen Gefangenen.“⁹⁹

Sowohl die Zeichnung ihres Charakters als weich und weiblich, als auch die Darstellung ihrer „Knastarbeit“ als Resultat eines unreifen, noch unmännlichen sexuellen Begehrens unterstrich die Abweichung von normierten männlichen Geschlechterbildern. Genauso wie die Diskurse über die „pervertierte Emanzipation“ der Terroristinnen sind auch die Männer betreffenden Diskurse eine Thematisierung von Grenzziehungen zwischen erwünschten geschlechtlichen Normierungen und den von „Terroristen“ verkörperten Abweichungen.

Um sich zu den Diskursen zu positionieren, die den Fall Palmers als Fall von verführten jungen Männern darstellten, hatte Thomas Gratt in einer 1978 verfassten ausführlichen Darstellung seines politischen Werdeganges das Zusammentreffen mit den deutschen Terroristinnen als Zusammentreffen mit geschlechtslosen Genossen dargestellt und damit in seiner Selbstdarstellung versucht, die gängigen Erklärungsmuster zu unterlaufen. Während er Waltraud Boock als „Genossin“ titulierte, schilderte er die weiblichen Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ als „illegale Kämpfer“ und „Genossen“.¹⁰⁰ Ob Thomas Gratt bewusst oder unbewusst mit dieser grammatikalischen Vermännlichung ein Statement gegen die medial verbreitete Verführungsthese setzte, sei dahin gestellt. Jahrzehnte später scheint Gratt das hegemoniale Narrativ zur Erklärung der Palmers-Entführung, nämlich die Konstellation von unreifen, unmännlichen österreichischen Studenten zu dominanten deutschen Frauen, akzeptiert zu haben. In dem Interview für den Film „Keine Insel“ (2006) distanziert er sich mehrfach explizit von kulturellen Zeichen der Männlichkeit, indem er etwa bei der Schilderung seiner Verhaftung seine Waffe als „Ding“

bezeichnet, das er nicht zu gebrauchen verstand, und betonte, dass „Django-Spielen“ für ihn nicht in Frage gekommen sei. In ähnlicher Weise wie diese Distanzierung von einem männlichen Held aus dem Genre der Italowestern ist auch seine Aussage, dass er nie gut im „Räuber und Gendarm-Spielen“ gewesen sei, als eine Abgrenzung von einem männlich kodierten Spiel zu interpretieren.¹⁰¹

Österreichische Dilettanten

Als die Details der dilettantischen Flucht in der Öffentlichkeit bekannt wurden, sorgte das in der linken Szene für Belustigung und bediente das Klischee von den gut organisierten Deutschen und den unfähigen Österreichern. Gratt und Keplinger hatten auf der Flucht zwar fast 2 Millionen öS Lösegeld dabei, die Gratt in Plastikbeuteln um den Leib gebunden trug, aber sie hatten keine Münzen, um bei den Selbstbedienungstankstellen an den Schweizer Autobahnen zu tanken. Sie hatten falsche und ihre eigenen Ausweise mit, sie hatten die Schreibmaschine mit, mit der die Entführer Briefe geschrieben hatten, sie fuhren mit einem Auto mit einem kaputten Auspuff, der so laut war, dass sie von der Schweizer Polizei eine Strafe wegen Erregung ungebührlichen Lärms erhielten. Gatt verhielt sich so auffällig, dass er von einem Schweizer Polizisten für einen Rauschgiftsüchtigen gehalten und aufs Polizeikommissariat gebracht wurde.¹⁰² Dilettantisches Verhalten legten die drei Studenten aber bereits in der Vorbereitungsphase an den Tag. Pitsch ließ sich immer unter dem Decknamen „Ratzinger“ in einer Wiener Konditorei anrufen, weil man zurecht befürchtet, unter staatspolizeilicher Bewachung zu stehen. Als er jedoch einmal kein Geld mit hatte, um seine Konsumtion zu bezahlen, musste er den Studentenausweis bei den Kellnerinnen hinterlegen, die sich wunderten, dass Herr Ratzinger einen Lichtbildausweis auf den Namen Pitsch hatte.¹⁰³

Die Berichterstattung über den Dilettantismus erfolgte in den Medien teils mit Häme, teils aber auch durchaus mit Mitleid. Michael Siegert brachte im „Neuen Forum“ für die von den „Deutschen“ verlassenen „Tollpatsche aus Wien“ auch Mitgefühl zum Ausdruck:

„Und die Deutschen? Sind abgezischt, sie ließen ein trauriges Häuflein von Schnürschuhkameraden zurück. Gratt musste die riskante Schmutzarbeit machen, und als es über die heikle Tessiner Grenze nach Italien ging, da fuhren die Deutschen mit dem Zug. Die beiden Österreicher sollten die Autos rüber nach Como schaffen und wurden gefasst. [...] Wollte man die Tollpatsche aus Wien loswerden?“¹⁰⁴

Die Narrative, die um den Dilettantismus der Beteiligten kreisten, waren immer eingebettet in ein nationales Narrativ. „Die kalte Perfektion der Palmers-Entführung“ war typisch deutscher Machart, während „der bornierte Schlendrian beim versuchten Grenzübertritt“¹⁰⁵ österreichischer Provenienz war. Diese Narrative wurden sowohl von linken Zeitungen und Zeitschriften wie auch von bürgerlich-liberalen benützt. In der TV-Nachrichtensendung „Zeit im Bild 2“ wurde Gerhard Oberschlick, der Verlagsleiter des ‚Neuen Forum‘, interviewt. Er sagte: „Die Guerillas tun mir leid, wenn sie keine besser Ausgebildeten haben.“¹⁰⁶

Die österreichischen Studenten hießen „Terror-Lehrlinge“¹⁰⁷, die Entführung wurde als „milchgesichtiger Polit-Irrwitz“¹⁰⁸ charakterisiert. Man sprach von der „Beteiligung patscherter Österreicher“.¹⁰⁹

In Österreich wurde in der Terrorismusdiskussion – ähnlich wie in der Schweiz¹¹⁰ – auch eine nationale Grenzziehung betont, indem die gängigen vergeschlechtlichten Sicherheitsdiskurse über TerroristInnen, die zum Zeitpunkt der Palmers-Entführung (November 1977) auch in Österreichs fest etabliert waren, nationalistisch erweitert wurden. Die Konstruktion einer Gruppenkonstellation von gefährlichen deutschen Terroristinnen und verführten, dilettantischen österreichischen Studenten benützte und illustrierte die Staatsdoktrin Österreichs als ‚Opfer‘ des übermächtigen deutschen Nachbarn. Die Berichte über das Verhältnis der drei österreichischen Studenten zu den deutschen Terroristinnen variierten Grundmuster der nationalen Identitätskonstruktion – kleines Land, harmlos, schlampig, Operettenstaat etc. – indem sie diese mit den vergeschlechtlichten Sicherheitsdiskursen verknüpften. Das war um so leichter möglich, als die als dominant, gefährlich, erfahren etc. bezeichneten deutschen Terroristinnen nicht vor Gericht standen und als Abwesende eine ideale Projektionsfläche boten. Die Konstellation von dominanten deutschen Terroristinnen und österreichischen Tatbeteiligten, die sich zum ‚Bösen‘ verführen ließen und sich ungeschickt anstellten, konnte mit den Narrativen zur nationalen österreichischen Identitätskonstruktion und der Externalisierung des Nationalsozialismus im kollektiven österreichischen Gedächtnis verbunden werden.

Eine Zäsur für die linke Szene in Wien?

Während der Mai 1968 in Wien nicht mehr als eine „heiße Viertelstunde“ war, fanden im Jahr 1976 bemerkenswerte Aufbrüche in der Studentenpolitik und Jugendpolitik statt.¹¹¹ Mit der Besetzung der „Arena“, des Komplexes eines ehemaligen Schlachthofs in Wien, entstand im Frühling 1976 ein großes selbstverwaltetes Kultur- und Jugendzentrum. Und bei der Hochschülerschaftswahl am 11./12. Mai 1977 kandidierte das linke Wahlbündnis „Linke Liste“ („LiLi“). Der Aufbruch der Jugend, der vielerorts in Europa bereits um das Jahr 1968 erfolgt war, fand in Wien mit einer gewissen Verzögerung statt und hatte im Jahr 1976 einen ersten Höhepunkt. Peter Zakravsky, ein ehemaliger Student der Politologie und Mitglied der „Österreichischen Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD“, erinnert sich an die linke studentische Szene in Wien im Jahr 1977:

„Die ‚Arena‘-Bewegung hat die Stadt belebt, eine ganze Generation ist auf der Suche. Jeden zweiten Tag eine Demonstration, Institutsbesetzungen an der Universität Wien, Vorlesungen werden bestreikt, am Abend Teach-ins [...] Nicht zu vergessen die im Zuge der ‚Arena‘-Bewegung wie Pilze in der Stadt hervorgeschossenen Szenebeiseln, wo bis in der Früh weiterdiskutiert werden kann. Während die bürgerliche Öffentlichkeit der BRD längst die ‚Szene‘ ins Visier genommen und der Staat Teile der Professorenschaft genötigt hat, sich von ihr zu ‚distanzieren‘, können wir uns in Wien ungehindert austoben. [...]“

Drehe ich die Zeit zurück zu diesen verhängnisvollen Wochen, die mit den zweifelhaften Selbstmorden von Stammheim am 18. Oktober 1977 begannen und mit der Verhaftung des Reinhard Pitsch am 28. November 1977 endeten, sehe ich mich mit Chaos und Niedergang konfrontiert. Das große Abhauen hat begonnen, die linken Zusammenhänge zerfallen uns unter der Hand, die Medien haben auch in Österreich ‚Sympathisanten‘ entdeckt – die Jagdsaison ist eröffnet.“¹¹²

Ohne Zweifel bedeuteten die polizeilichen und staatspolizeilichen Ermittlungen, die auf die Palmers-Entführung folgten, einen massiver Einschnitt für die linksgerichtete Studentenpolitik, sowie das private und politische Leben der Freunde und Bekannten der an der Entführung beteiligten Studenten. Doch ein genereller „Niedergang“ kann sicherlich nicht behauptet werden, die Aufbrüche der Jugend betrafen ja nicht nur linke Studentenpolitik, sondern auch Umweltschutz, Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung etc. und diese Projekte und Initiativen waren durch die staatspolizeilichen Aktivitäten nach der Palmers-Entführung nur marginal betroffen, und nach dem Gerichtsprozess flaute auch die mediale Aufmerksamkeit für linke Studentenpolitik wieder ab.

Gratt, Keplinger und Pitsch waren gewählte Studentenvertreter der „Linke Liste“, womit diese Politik studentischer Mitbestimmung in den bürgerlichen Medien insgesamt in Verruf kam. Die Studentenvertretung distanzierte sich von den Inhaftierten in der Öffentlichkeit und linke studentische Zeitschriften publizierten Texte zur Abgrenzungen von Terroristen und bewaffnetem Kampf.¹¹³ Damit bekräftigte die linke Szene noch einmal öffentlich die Distanzierung, die es seit Sommer 1977 zwischen der „Arbeitsgruppe politische Gefangene“ und der „Linken Liste“ gab. Sogar das „Österreichisches Komitee zur Unterstützung eines Russel-Tribunals über die Repressionen in der BRD“ veranstaltete am 30.11. eine Pressekonferenz, in der man sich so halb und halb von den angeklagten Studenten distanzierte.¹¹⁴ Trotz aller Klarstellungen und Distanzierungen gelang es nicht, diese linken studentischen Diskussionszusammenhänge aufrecht zu erhalten, das Wahlbündnis „Linke Liste“ zerfiel und viele Studenten sahen in den deutschen TerroristInnen die eigentlichen Schuldigen.

Bereits Ende September war in der linken Szene Wiens das Gerücht umgegangen, dass eine „Aktion“ von illegal in Wien lebenden TerroristInnen bevorstehe, einige dachten dabei an eine gewaltsame Befreiung von Boock aus dem Gefängnis. Im engeren Bekanntenkreis von Keplinger, Gratt und Pitsch war bald die Information durchgesickert, dass eine Geldbeschaffungsaktion geplant sei.¹¹⁵ Als Gratt und Keplinger verhaftet waren, und Pitsch polizeilich gesucht wurde, kam dem Freundeskreis mit einem Schlag die Tragweite ihrer Unterstützung für das „Guerilla-Spiel“ zu Bewusstsein. Pitsch hatte nämlich aus dem Bekanntenkreis Personen aufgefordert, ihm Ausweispapiere zu überlassen. Er hatte angedeutet, dass er die Papiere für im Untergrund lebende Personen brauche, aber nicht gesagt, dass diese Ausweise bei einer Entführung zum Einsatz kommen würden. Aber nicht nur die Studierenden, die aus Überzeugung oder Naivität ihre Ausweise hergegeben hatten, auch das gesamte Umfeld der drei Verhafteten wurde staatspolizeilich behandelt. Jedes noch so unbedeutende linke Flugblatt wurde eingesammelt und in Verhören der Staatspolizei wurden die Studenten haarklein zu ihren linken politischen Überzeugungen befragt, und nicht alle Verhörten traten der Staatspolizei gegenüber so selbstbewusst auf wie E.F., der folgendes im Verhör zu Protokoll gab:

„Wenn mir vorgehalten wird, dass ich sogenannte linksextreme Literatur lese, so gebe ich an, dass ich sowohl diese als auch faschistische, konservative, liberale und sozialdemokratische wie auch kommunistische Literatur lese. Dies deshalb, um mir eine eigene politische Meinung zu erarbeiten. Bereits während meiner Mittelschulzeit befasste ich mich mit obengenannter Literatur. Fallweise verborge ich diesbezügliche Bücher oder Broschüren und lagern solche in meiner Wohnung, ebenso auch in meinem Elternhaus. Meine Eltern wissen über meine politische Einstellung Bescheid.“¹¹⁶

Erinnerung an „Verräter“

Sowohl Pitsch als auch Gratt werden von der einschlägigen Szene als Verräter erinnert. Pitsch wurde beinahe fünf Tage lang von der Polizei verhört und misshandelt, bevor der dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde,¹¹⁷ dass er bei der Staatspolizei ausgesagt hatte, war in den Zeitungen ausführlich berichtet worden.¹¹⁸ Betreut durch den Wiener Philosophieprofessor Michael Benedikt, der regelmäßig Besuche in der Haft machte, verfasste Pitsch im Gefängnis seine philosophische Dissertation. Nach seiner Entlassung arbeitete als Deutschlektor und Autor vornehmlich im Ausland. Anders als Keplinger, der sich nach seiner Haftentlassung völlig in die Privatheit zurückzog und im Januar 2010 an einer Krankheit verstarb, kultiviert Pitsch bei öffentlichen Auftritten seine Rolle als Theoretiker und „Ex-Terrorist“. In einem Interview für die TAZ fragte ihn Robert Misik nicht ohne Ironie: „Sie gehen hier als der ewige Ex-Terrorist durch die Stadt – obwohl sie nie ein wirklicher Terrorist waren.“¹¹⁹

Gratt (1956–2006) wiederum bekannte sich beim Prozess heroisch zu seinen Taten und strich seine Rolle als einziger Österreicher, der Teil eines terroristischen Kommandos war, heraus.

Nach einem Femegericht, das in einem Wiener Kaffeehaus tagte, wie Pitsch berichtete,¹²⁰ wurde Gratt während seiner Haft aus der RAF, die Geld und Personalstand der „Bewegung 2. Juni“ übernommen hatte, ausgeschlossen, weil er vor Gericht ausgesagt hatte,¹²¹ dass er dabei nur über sich und nicht über die Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ gesprochen hatte, spielte für die Kategorisierung als Aussteiger und Verräter keine Rolle. Während seiner Inhaftierung – die bis 1990 dauerte – verfasste er unter Pseudonym einen Lyrikband und einen Roman.¹²² Nach seiner Entlassung war er „fast ein Yuppie“ – wie Pitsch in einem Interview¹²³ meinte – arbeitete in gehobener Position in einer Immobilienfirma, doch dann gab er in radikaler Weise die bürgerliche Existenz auf und beging, einen Tag vor seiner Delogierung, Ende März 2006 mit einem Küchenmesser Selbstmord.¹²⁴

Anlässlich der Vorstellung des Dokumentarfilm „Keine Insel“ und einer Kunstaussstellung zur RAF im Kunsthau Wien begann eine neue Diskussion über die Rolle der Österreicher bei der Geldbeschaffungsaktion und die Auswirkungen auf die linke Szene in Wien. Pitsch beklagte öffentlich, dass der Anteil der „österreichischen Genossen“ in den Annalen der RAF nicht gewürdigt werde. „Es ist nicht schön“, sagte er 2007 bei einer Podiumsveranstaltung in der Kunsthalle in Wien, „nach Jahren rauszukommen, in einer Buchhandlung zu blättern und in einem Band über die ‚Bewegung 2. Juni‘ zu sehen, dass man überhaupt nicht vorkommt. Das ist eine Frechheit. Diese Leute gehören vor ein Militärgericht!“¹²⁵ Vor allem die Memoiren von Inge Viett, die in der DDR untertauchte, nach 1990 nur sieben Jahre im Gefängnis verbrachte und nie für die Mitwirkung an der Palmers-Entführung vor Gericht gestellt wurde, erzürnten ihn.

Zusammenfassung

Mit der Analyse der Sicherheitsdiskurse zur Palmers-Entführung wollte ich hervorheben, wie Narrative über Geschlecht und Nation in Deutungsmustern für das Phänomen Terrorismus zum Einsatz kamen und wie sich die mediale Wahrnehmung und gesellschaftlichen Deutung in Österreich vor der der BRD¹²⁶ unterschieden. Die kriminellen Aktivitäten der deutschen TerroristInnen in Wien haben nicht dazu geführt, dass die österreichische Politik die in der BRD üblichen militärischen Deutungsszenarien übernahm. Linksgerichtete Medien benützten

die Narrative der Externalisierung, Feminisierung und Infantilisierung, um die österreichischen Studenten, die an der Tat beteiligt waren bzw. die TerroristInnen bei der „Geldbeschaffungsaktion“ unterstützt hatten, aus dem terroristischen Diskursfeld auszunehmen. Wir können von einer Art Doppelstrategie im Umgang mit den Angeklagten im Palmers-Prozess sprechen: Die sozialistische Alleinregierung, die Bürokratie und die linksgerichteten Medien feminisierten und infantilisierten die österreichischen Tatbeteiligten und deren HelferInnen im studentischen Milieu, doch die Gerichtsbarkeit folgte diesen Infantilisierungsnarrativen nicht. Die Strategie der Deeskalation, die die österreichische Politik und die linken Medien verfolgten, bündelte in der österreichischen Gesellschaft bereits vorhandene Deutungsmuster: (1) An die sexistischen Deutungen, die das Phänomen des Linksterrorismus mit Emanzipation verbanden und dem Terrorismus das Gesicht von jungen emanzipierten Frauen gegeben hatten, konnte problemlos angeknüpft werden, denn diese Deutungsmuster waren bereits seit Beginn der 1970er Jahre für die Terrorismusdiskussion in der BRD bestimmend gewesen.¹²⁷ Dass Terroristinnen als Ausdruck einer „pervertierten Emanzipation“ zu gelten hätten und die Frauenbewegung z.B. mit ihrer Forderung nach Kinderkrippen und Kindergärten dem Terrorismus den Boden bereite, war durch Bücher¹²⁸, deutsche Medien (wie dem „Spiegel“) und auch durch österreichische Zeitungen und Zeitschriften in Österreich verbreitet worden. An diese Sicherheitsdiskurse der BRD, die wie alle Sicherheitsdiskurse auch um eine Normierung des Mann-Frau-Verhältnisses kreisen, konnte sich die mediale Darstellung der Palmers-Entführung anlehnen. (2) Ein weiteres Deutungsmuster, in das die Palmers-Entführung eingepasst werden konnte, hatte seine Wurzeln in der gemeinsamen Geschichte der Österreicher und Deutschen im Nationalsozialismus und den in der Zweiten Republik etablierten Strategien zur Exkulpierung. Die Konstellation von dominanten deutschen Terroristinnen und österreichischen Tatbeteiligten, die sich zum „Bösen“ verführen ließen, überwältigt wurden und sich ungeschickt anstellten, konnte mit den Narrativen zur nationalen österreichischen Identitätskonstruktion und der Externalisierung des Nationalsozialismus im kollektiven österreichischen Gedächtnis verbunden werden. (3) Als letzter Punkt sei noch angefügt, dass dieses Szenario von Verführung und Unterwerfung durch Frauen auch eine archetypische Erzählung ist und ihr damit eine besondere Kraft als Deutungsschema zukam.

Anmerkungen

- 1 Die Thematisierung von Geschlecht, insbesondere von Männlichkeit(en) ist noch immer ein Forschungsdesiderat in der Terrorismusforschung. Für eine umfassende Aufarbeitung von Gerichtsakten über Frauen, die in der BRD/ Deutschland als Terroristinnen vor Gericht standen, vgl. Gisela Diewald-Kerkmann: Frauen, Terrorismus und Justiz. Prozesse gegen weibliche Mitglieder der RAF und der Bewegung 2. Juni (=Schriften des Bundesarchivs 71), Düsseldorf 2009. Nachfolgende Artikel thematisieren Genderaspekte. Gisela Diewald-Kerkmann: Bewaffnete Frauen im Untergrund. Zum Anteil von Frauen in der RAF und der Bewegung 2. Juni, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 657–675; dies.: ‚Verführt‘ – ‚abhängig‘ – ‚fanatisch‘: Erklärungsmuster von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten für den Weg in die Illegalität – Das Beispiel der RAF und der Bewegung 2. Juni (1971–1973), in: Klaus Weinhauer und Jörg Requate und Gerhard Haupt (Hg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 2006, S. 217–243; Sylvia Schraut: Terrorismus und Geschlecht, in: Christine Künzel und Gaby Temme (Hg.): Täterinnen und/oder Opfer? Frauen in Gewaltstrukturen, Münster 2007, S. 105–123; Petra Terhoeven: „Der Tod und das Mädchen“. Linksterrorismus im Visier der italienischen und deutschen Öffentlichkeit, in: Ute Schneider et al (Hg.): Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper, Frankfurt am Main 2008, S. 437–456. Zur Frage des Verhältnisses der RAF zum Feminismus vgl. Vojin Saša Vukadinović: Der unbegründete Feminismusverdacht. Die RAF und die Frage der Frauenemanzipation“, in: Katrin Hentschel und Traute Hensch (Hg.), Terroristinnen – Bagdad ’77. Die Frauen der RAF, Berlin 2009, S. 85–106.

- 2 Einvernahme Reinhard Pitsch, 30.3.1978, Landesgericht für Strafsachen Wien 25a Vr 9534/77, Aktenkonvolut Band VIII, S. 313. Ich folge hier dem Protokoll der Einvernahme durch die Staatspolizei. In dieser ersten Einvernahme sprach er von einer Frau, die ihn ansprach und davon, dass er die zweite Frau auch nachdem er die Fahnungsplakate im „Spiegel“ gesehen hatte, nicht erkannt hatte.
- 3 Die „Bewegung 2. Juni“, war benannt nach dem 2.6.1967, an dem der Student Benno Ohnesorg in Berlin von einem Polizisten und Stasi-Agenten erschossen worden war. Dieses Datum gilt als identitätsstiftendes Schlüsselereignis im Radikalisierungsprozess der studentischen Protestbewegung.
- 4 Zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni“ vgl. Wunschik, Tobias: Die Bewegung 2. Juni, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 531–561; Korndörfer, Lutz: Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni, in: Straßner, Alexander (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus, Wiesbaden 2008, S. 237–256.
- 5 Bericht über Befragung von Reinhard Pitsch am 10.12.1977, S. 369–399, hier 377, das BKA hatte der österreichischen Sicherheitspolizei zahlreiche Fragen für P. vorgelegt, die dieser bei einer Befragung der österreichischen Staatspolizei am 9. und 10. Dezember beantworten sollten, ua. auch wie er die Terroristinnen kennengelernt hatte. Befragung von P. durch StaPo, Bericht, Bd. V, S. 355–399.
- 6 Für den Dokumentarfilm „Keine Insel“ (Regie: Alexander Binder, Interviews: Michael Gartner), der im Oktober 2006 auf dem Filmfestival „Viennale“ erstmals gezeigt wurde, gaben Gratt, Kepplinger, Pitsch und Rollnik in Interviews Auskunft über die Geschichte der Palmers-Entführung. Wegen einer Rechtsstreitigkeit der beiden Filmemacher ist der Film nicht als DVD erhältlich. Zitiert wird hier nach der Presse-Version des Films.
- 7 Ingrid Strobl, die als Journalistin bei der EMMA arbeitete, wurde Ende des Jahres 1987 im Zuge einer Großrazzia gegen die Rote Zora, einer Sektion der Revolutionären Zellen, verhaftet.
- 8 Einvernahme Reinhard Pitsch, 30.3.1978, Landesgericht für Strafsachen Wien 25a Vr 9534/77, Aktenkonvolut Band VIII, S. 315.
- 9 Erinnerungsinterview mit Gabriele Rollnik, das der Journalist und Autor Daniel Dubbe führte. Rollnik, Gabriele/ Dubbe, Daniel: Keine Angst vor niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF, Hamburg 2003, S. 76.
- 10 Vgl. dazu Gratt in seiner Politischen Darstellung der Ereignisse, Bd. VIII, S. 6.
- 11 Interview von Reinhard Pitsch im Dokumentarfilm „Keine Insel“.
- 12 Friesenbichler, Georg: Unsere wilden Jahre. Die Siebziger in Österreich, Wien 2008, S. 156. Vorbild war das „Russell-Tribunal“, das Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre 1963 gegründet hatten, um Kriegsverbrechen der USA im Vietnamkrieg zu dokumentieren. Vgl. dazu die Dokumentation im Rotbuch-Verlag: 3. Internationales Russell-Tribunal. Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bände, Berlin 1979.
- 13 Misik, Robert: Wie wurden Sie zum Terroristen, Herr Pitsch?, TAZ 2.6.2007.
- 14 Die Wiener Bevölkerung hatte den Banküberfall der damals 26jährigen Waltraud Boock in bester Erinnerung, Boock, die mit ihren zwei männlichen Kameraden geflüchtet war, war von einem Taxifahrer angefahren worden, um sie an der Flucht zu hindern. Die in der Fußgängerzone verstreuten 1000-Schillingscheine fanden bei den PassantInnen reißenden Anklang.
- 15 Waltraud Boock, ein RAF-Mitglied, das am 13. Dezember 1976 in Wien einen Banküberfall (angeblich im Auftrag der ‚Gruppe Haag‘) verübt hatte, wurde am 5. Februar 1977 zur Höchststrafe von 15 Jahren Haft verurteilt. Am 10. Oktober wurde die Strafe Boocks um zweieinhalb Jahre reduziert. Justizminister Broda sagte, man wolle keine Märtyrer schaffen. Vgl. Geyerhofer, Friedrich: Die neuen Hunnen, in: Neues Forum, XXIV. Jg., Heft 287, November 1977, S. 43. Nach 10 Jahren Haft wurde Boock entlassen und 1987 in die BRD abgeschoben. Vgl. Martin Staudinger/ Klaus Zellhofer, Kleine Brüder des Terrors. Die Entführung des Industriellen Walter Palmers durch Terroristen der „Bewegung 2. Juni“ und ihre österreichischen Handlanger, in: Bärbel Danneber, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende (Hrsg.), Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe, Wien 1998, S. 82–103, hier 88. Der Gerichtsakt zu Waltraud Boock war nicht auffindbar.
- 16 Rätselraten um die übrigen Millionen, in: AZ 26.11.1977, 5.
- 17 Boock las Zeitungen, sah Fern, ging mit anderen in den Gottesdienst und hatte eine Zellenkollegin, empfing Besuche, seit Mitte Juni 1977 wurde sie überhaupt nicht mehr von den anderen Gefangenen getrennt. Vgl. dazu den eigenhändigen Bericht von W. Boock. Erfahrungen zur Haftsituation vom 22.6.1977, V, S. 627–639.
- 18 Mitte Juli 1977 begann Boock einen Hungerstreik, man betreute sie darauf hin psychologisch, und setzte ihr ein Mitgefangene mit „gutem Essvermögen“ in die Zelle, worauf sie nach 14 Tagen den Hungerstreik abbrach, nach 11 Tagen nahm sie den Hungerstreik wieder auf, doch die Gefängnisleitung versorgte sie mit Zigaretten, Mineralwasser, Vitamintabletten und Kakaopulver, und täglich stellte man ihr ein Glas Milch in die Zelle, woraufhin in den Wiener Zeitungen zu lesen war, dass Boock im Hungerstreik Kakao trinke. Vgl. Bericht „Zur Situation „Hungerstreik“ unter den Bedingungen österreichischer Gefangenschaft, gezeichnet Waltraud Boock, 2.9.1977, V, S. 601–602.

- 19 Das berichtete ein Mitglied der APG. Vgl. Besuch bei Waltraud am 14.6. [1977], Bd. IV, S. 7, wahrscheinlich Bericht der Schriftstellerin K. B., geschrieben für APG, ungezeichnet.
- 20 Brief von Thomas Gratt an M. F., maschinschriftlich 4 Seiten, S. 169–171, vom 27. Juni 1978, Band VIII.
- 21 Ebenda.
- 22 Niederschrift aufgenommen mit I.St., am 26.11.1977, S. 107–109.
- 23 Vor Gericht sagte Keplinger zur so genannten Aktion Autobus: „Wir wollten einen deutschen Reiseautobus flambieren, das war der Test dazu.“ AZ 13.2.1979, 5.
- 24 Niederschrift aufgenommen mit Reinhard Pitsch, Student, 3.9.1954, am 28.11.1977, Staatspolizeiliches Büro, IV, S. 83–117, hier 93.
- 25 Siehe dazu auch die Verhörprotokolle der anderen Teilnehmer an diesem Test.
- 26 Staberl, Dem Minister ins Stammbuch, in: Kronenzeitung 27.11.1977.
- 27 Leserbriefe an Staberl, in: KZ 13.12.1977.
- 28 Wunschik, Tobias: Die Bewegung 2. Juni, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 531–561, hier 533, 540.
- 29 Gabrielle Rollnik führt in dem Interview, das sie für den Dokumentarfilm „Keine Insel“ gab, die Liebesaffäre zwischen Kröcher-Tiedemann und Gratt als Erklärung dafür an, dass Gratt sich bereit erklärt hatte, mit der Familie des Entführungsoffiziers zu telefonieren. In den Memoiren von Inge Viett wurde die Affäre ebenfalls erwähnt, allerdings ohne Gratt beim Namen zu nennen. Sie schreibt: „Wir machten in Wien viele Fehler. Zwar nicht in der konkreten Aktion, aber im Vorfeld. Es gab in der Wiener politischen Szene eine kleine Schar von Sympathisanten des bewaffneten Kampfes, zu der wir Kontakt hatten. Da hat sich Nada in einen Wiener Genossen verliebt und wir hatten ihn viel zu ungeprüft, viel zu schnell in die Aktion eingebunden. Zu persönlichen Beziehungen haben wir in der Gruppe ein diskretes und nachsichtiges Verhalten gehabt. Das war oft ein Fehler und wir hatten selbst ein gespaltenes Verhältnis zu unserer Freizügigkeit in diesem Punkt. Einige Tage nach der Entführung wurde er an der Grenze nach Italien mit einem Teil des Lösegeldes festgenommen. In den Verhören hat er nicht standgehalten, unter den Drohungen einer langen Zuchthausstrafe hat er alles ausgesagt, was er wußte.“ Inge Viett, Nie war ich furchtloser. Autobiographie. Hamburg 1996, S. 171.
- 30 Wunschik, S. 553; Diewald-Kerkamnn, Frauen, Terrorismus und Justiz, S. 132; Viett, Inge: Nie war ich furchtloser S. 171.
- 31 Bild-Zeitung vom 9.7.1976, zit. nach: Fahndung nach Frauen, in: Courage 1. Jg, Nr. 1, 1976, 9.
- 32 Diewald-Kerkmann, Gisela: Bewaffnete Frauen im Untergrund. Zum Anteil von Frauen in der RAF und der Bewegung 2. Juni, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, 657–675, hier S. 666.
- 33 Zitiert nach Wunschik, S. 557.
- 34 Viett, Nie war ich furchtloser, S. 176.
- 35 Viett, Nie war ich furchtloser, S. 168.
- 36 Ebenda, S. 169.
- 37 Erklärung von Thomas Gratt, maschinschriftlich, Beilage, 25aVr 9534/78, S. 3f., Band VIII.
- 38 Die Wahl war auf Palmers, den Seniorchef der bekannten Firma für Strumpfmöden und Unterwäsche, gefallen, nachdem man eingehend das Buch von Georg Wailand, Die Reichen und die Superreichen, studiert hatte.
- 39 Im Interview für den Film „Keine Insel“ drückt Keplinger diese von ihm in diesem Ausmaß nicht geplante Involvierung deutlich aus.
- 40 Nach Angaben von Viett (in ihrem Memoiren) verfassten die RAF-Leute gemeinsam mit Juliane Plambeck das Auflösungspapier, das dann am 2. Juni 1980 im Gerichtssaal von Gabriele Rollnik und den weiblichen Mitangeklagten verlesen wurde. „Nach 10 Jahren bewaffnetem Kampf wollen wir unsere Geschichte reflektieren und erklären, warum wir heute sagen: Wir lösen die Bewegung 2. Juni als Organisation auf und führen in der RAF – als RAF – den antiimperialistischen Kampf weiter. Die Bewegung 2. Juni hat sich als Widerspruch zur RAF gegründet, mit der unklaren Bestimmung ‚spontane proletarische Politik‘ zu machen. Wir haben die revolutionäre Theorie [...] für unwichtig gehalten und ‚drauflos gekämpft‘, mit dem Ziel die Jugendlichen anzutören. Und so haben wir auch unsere Praxis nach der Frage, was tört an, bestimmt und nicht nach der Frage, wo sind die wirklichen Widersprüche, die Friktionen in der imperialistischen Strategie, die wir angreifen müssen. [...] Es ist nie die Aufgabe der Guerilla, sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen, sondern [...] die vorderste Front zu sein, die zentralen politischen Widersprüche durch den bewaffneten Angriff zu eskalieren, um den Staat in die politische Krise zu treiben. Der politische Angriff, materialisiert durch die Waffe, bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er diesen Prozess antizipiert und einleitet.“ Erklärung zitiert nach Urteil des Kammergerichtes Berlin gegen Gabriele Rollnik, Angelika Goder, Klaus Viehmann, Gudrun Stürmer. Vgl. Erkenntnis des 6. Strafsenates des Kammergerichtes in Berlin, Hauptverhandlung dauerte vom 21. Februar 1980 bis

- zum 15. Mai. 1981. Geschäftsnummer (6/1) 2 OJs 23/77 (4/79), S. 56. Kopie des Urteils im Akt im Straflandesgericht Wien. Diese Erklärung zur Auflösung und die Gegenstellungnahme von Ralf Reinders, Klaus Viehmann und Ronald Fritsch zum so genannten „Auflösungs-Papier“ der drei Genossinnen wurde in der Zeitschrift „Radikal“, Nr. 80 abgedruckt. Siehe auch TAZ 11.6.1980, S. 5.
- 41 Niederschrift mit I.T., am 30.11.1977, IV., S. 327–330, hier 328.
- 42 Ebenda, S. 329.
- 43 Bericht über die Hauserhebung, 30.11.1977, Sicherheitsbüro, IV., S. 325f.
- 44 Von einem zufälligen Zusammentreffen berichtet Pitsch bei einem Stapoverhör. Er war mit Keplinger und Studienkollegen im Oktober 1977 in das Lokal Gärtnerinsel gegangen und dort auf die Terroristinnen getroffen: „Vielt, Plambeck und auch der unbekannte Mann, sowie Keplinger und auch ich, waren bestrebt, dass es zu keiner Unterhaltung kommt. Wir schützten gegenüber unseren Studienkollegen vor, dass es im Lokal zu heiß wäre. Wir tranken unser Bier aus und gingen anschließend sofort in das Café Wienzeile. Einige Tage später fragte ich Inge Vielt bei einer Zusammenkunft, wieso sie ausgerechnet in die Gärtnerinsel kamen. Inge Vielt sagte mir nur, dass sie Durst gehabt hätten und einfach ein Lokal betreten hätten. Dass dies ausgerechnet die Gärtnerinsel gewesen sei, sei ein reiner Zufall gewesen.“ Befragung von Pitsch am 9.12.1977 durch StaPo, Bericht, Bd. V, S. 355–399, 16seitiger Bericht, Frage-Antwort, S. 359, 361.
- 45 Für einen internationalen Vergleich über Diskurse zur „inneren Sicherheit“ und Terrorismusbekämpfung vgl. Beatrice de Graaf, Theater van de angst. De strijd tegen terrorisme in Nederland, Duitsland, Italië en Amerika, Amsterdam 2010.
- 46 Im Neuen Forum vom November 1977 erschien ein Text zu „Terrorismus in Österreich“ und befasste sich mit der Jakobinerverschwörung von 1792/94. Neues Forum, XXIV. Jg., Heft 287, November 1977.
- 47 Ab im Zug. In: Der Spiegel 8/1979, 19.2.1979, 120.
- 48 Bundespolizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro forderte telefonisch beim Journaldienst der Abt. I einen Bericht über Pitsch an, Bericht vom 21.11.1977, Bd. V, S. 439–442.
- 49 AZ 11.11.1977, S. 1
- 50 Der Fall Palmers: Möchtegern-RAF, in: Profil 48/1977, S. 37–46, hier 46.
- 51 Lings, Peter: Ein Hauch von RAF, in: Profil 48/1977, S. 35–36, hier 35.
- 52 Lings, Peter: Ein Hauch von RAF, in: Profil 48/1977, S. 35–36, hier 35.
- 53 Gratt, Thomas, Politische Darstellung der Ereignisse, 825aVr 9534/78. Bd. VIII.
- 54 Palmers-Entführer am Telefon zu hören, in: AZ 17.11.77, 1. Die Familie Palmers hatte dieses Tonband der Polizei erst nach erfolgreicher Lösegeldübergabe und Freilassung des Seniorchefs übergeben, was Unmut in der österreichischen Polizei und Politik hervorrief. Vgl. Familie Palmers narrt die Polizei, in: AZ 14.11. 77, 3. Der Brief der Entführer ist abgedruckt, in: AZ 15.11, 3.
- 55 Niederschrift mit I. S., am 24.11.1977, Bd. II., S. 537–547
- 56 Spur führt zu einer Frau, in: AZ 30.11.77, 5. Friedrich Mahringer vom Wiener Sicherheitsbüro und Dr. Gottfried Baumgartner, Staatspolizei, waren aus der Schweiz zurückgekehrt.
- 57 Bei den ersten Verhören mit Pitsch waren deutsche Beamte anwesend, später wurden Pitsch Fragen des BKA zur Beantwortung vorgelegt. Vgl. dazu die Protokolle der Verhöre.
- 58 Günther Traxler: Das ist etwas zu holen, in: AZ 7.12.1977, S. 2. Reaktion auf einen Text in der bürgerlichen Tageszeitung „Die Presse“.
- 59 Interview mit Vater von Keplinger, Schuldirektor in Hollerberg bei Auberg, OÖ, in: AZ 26.11.1977, 5.
- 60 Debatte im Parlament am 6.12.1977, vgl. dazu AZ 7.12.1977, 1f.
- 61 Terrorismus ist nichts als Kriminalität, in: AZ 18.12.1977, 1, und Leopold Gratz: Demokratie ist nicht Schwäche, in: AZ 18.12.1977, S. 5
- 62 AZ 2.12.1977, 5.
- 63 Ähnliche Strategien finden sich auch in der Schweiz. Jedoch wurden hier die Sicherheitsdiskurse mit anderen nationalen Narrativen verknüpft. Vgl. Dominique Grisard, Gendering Terror. Eine Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus in der Schweiz, Frankfurt a. M. 2010 (forthcoming).
- 64 Wer ist der Kopf der Palmersentführer?, in: AZ 27.11.77, 1, und Ist der Entführerkopf noch frei?, S. 5. Zitate S. 5.
- 65 Profil 1977/49, Cover
- 66 RAF-Verbindungsmann nun in Haft, in: AZ 29.11.1977, S. 5.
- 67 Musloff, Andreas: Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD: Seine Deutung als Kriegsgeschehen und die Folgen, in: Weinbauer, Klaus / Requate, Jörg / Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 2006, S. 302–319.
- 68 Zit. nach Siegert, Michael: Große Wahnschaffe. Verwirktes Strumpfgeld, in: Neues Forum, XXVI. Jg., Heft 303/304, März/April 1979, S. 12–15, 14.

- 69 AZ 13.2.1979, S. 5.
- 70 AZ 15.2.1977, S. 5.
- 71 AZ 13.2.1979, S. 5.
- 72 AZ 14.2.1979, S. 5.
- 73 AZ 14.2.1979, S. 1.
- 74 AZ 13.2.1979, S. 5.
- 75 AZ 14.2.1979, S. 5. Im Interview für den Film „Keine Insel“ wird Gratt genau diesen Satz vor Gericht retrospektiv problematisieren, indem er erzählt, dass in der Gruppe kein endgültiger Beschluss gefasst worden sei. Er berichtete in dem Interview, dass er zwar für sich einen Beschluss gefasst habe, aber betonte auch, dass er sich für nicht für fähig hielt, diesen Entschluss auch zu exekutieren.
- 76 AZ 15.2.1979, S. 5.
- 77 AZ 14.2.1979, S. 5.
- 78 Erklärung von Thomas Gratt, Vorbemerkung, maschinschriftlich, einzellig, 15 Seiten Länge, Beilage, 25aVr 9534/78, Band VIII.
- 79 AZ 14.2.1979, S. 5.
- 80 P. war zuerst zu 6 ½ Jahren verurteilt worden, der Oberste Gerichtshof setzte in der Sitzung am 20.11.1979 die Strafe um ein Jahr herab.
- 81 Texte von Peter Brückner, Mahler, P.P. Zahl, u.a.m. wurden im „Neuen Forum“ gedruckt, denn Österreich hatte ein weitaus liberalere Haltung zum Schriftgut der Stadtguerilla. Das Neue Forum druckte u.a. eine Übersetzung von Jean Genets Artikel in „Le Monde“ vom 2. September 1977, der als Solidaritätsadresse für die RAF-Häftlinge gedacht war.
- 82 Nennung, Günther: Terror, eine bürgerliche Familienaffäre, in: Neues Forum, XXIV. Jg., Heft 286, Oktober 1977, S. 44.
- 83 Ebenda.
- 84 Marx an seine Tochter Laura, 14. Dezember 1882, zit. nach: Nennung, Günther: Baaders Bankrott, in: Neues Forum, XXIV. Jg., Heft 288, Dezember 1977, S. 9–10, 10.
- 85 Zit. nach AZ 16.2.1979, 1. Gratt wollte diese Psychologisierung seines Tun nicht anhören und er forderte seinen Anwalt auf, endlich Schluss zu machen. Gratt brüskiert Anwalt: Mach endlich Schluss. In: AZ 16.2.79, 1.
- 86 Michael Siegert: Große Wahnschaffe. Verwirktes Strumpfgeld, in: Neues Forum, XXVI. Jg., Heft 303/304, März/April 1979, S. 12–15, 14.
- 87 Siehe dazu die Diskussion im Nationalrat am 6.12.1977, Stenographische Protokolle, S. 7144.
- 88 Josef Dvorak: Trotzkopfs Entführung. Psychologisches zum 1. österreichischen Terroristenprozess, in: Neues Forum, XXVI. Jg., Heft 303/304, März/April 1979, S. 16–18, hier S. 18.
- 89 In der Anklageschrift wurden die Terroristinnen als „Damen“ bezeichnet und der Antrag von Pitsch, diesen Begriff abzuändern, wurde zurückgewiesen.
- 90 Dvorak, Josef: Trotzkopfs Entführung. Psychologisches zum 1. österreichischen Terroristenprozess, in: Neues Forum, XXVI. Jg., Heft 303/304, März/April 1979, S. 16–18, hier S. 18.
- 91 Ronny Pohoryles: Mit Terrorurteilen Terrorszene aufgebaut?, S. 7.
- 92 KZ, 11.2.1979, S. 16.
- 93 Ab im Zug. In: Der Spiegel 8/1979, 19.2.1979, 120.
- 94 Freitag, Wolfgang: Nicht einmal Pfadfinder, in: Die Presse, Spectrum, 15.9.2007. Das Interview wurde 2002 geführt.
- 95 Für eine Analyse der Mainstream-Medien der BRD vgl. Hanno Balz: Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main 2008.
- 96 Der Fall Palmers: Möchtegern-RAF, in: Profil 48/1977, S. 37–46, hier 41.
- 97 Ebenda.
- 98 Die Austro-AnarchisterIn: Wildgewordene Kleinbürger, in: Profil 49/1977, S. 17–19, hier 17.
- 99 Ebenda, 19.
- 100 Erklärung von Thomas Gratt, maschinschriftlich, Beilage, 25aVr 9534/78, Landesgericht für Strafsachen Wien, Strafsache 9534/77, Band VIII.
- 101 Interviews mit Thomas Gratt im Film „Keine Insel“ (2006).
- 102 Bericht der Kantonspolizei, Posten Chiasso, 25.11.1977, Protokoll, Lugano 16.12.1977. Bd. VII.
- 103 Befragung des Personals in der Konditorei AIDA. Bericht der Bundespolizeidirektion, Sicherheitsbüro, 1.12.1977, V, S. 73f.
- 104 Siegert, Michael: Große Wahnschaffe. Verwirktes Strumpfgeld, in: Neues Forum, XXVI. Jg., Heft 303/304, März/April 1979, S. 12–15, 15.

- 105 Payrleitner, Alfred: Die Mondfahrt in den Terror, in: Kurier 27.11.1977.
- 106 Zitiert nach Maier, Martin: Die Demaskierung, in: Kurier 27.11.1977.
- 107 Kurier 30.11.1977.
- 108 Kurier 30.11.1977.
- 109 Der Fall Palmers: Möchtegern-RAF, in: Profil 48/1977, S. 37–46, hier 46.
- 110 Für eine Analyse der vergeschlechtlichten Sicherheitsdiskurse in der Schweiz vgl. Dominique Grisard: Im Schatten Petras. „Terrorismus“, „Geschlecht“ und „Nation“ in Schweizerischen Printmedien der 1970er-Jahre, in: Claudia Opitz und Brigitte Studer und Jakob Tanner (Hg.): Kriminalisieren – Entkriminalisieren – Normalisieren, (=Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 21) Zürich 2006, S. 369–383; dies.: Das Geschlecht des Terroristen. Analyse eines Gerichtsurteils aus der Schweiz der 1970er Jahre, in: Dies. et al (Hg.): Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung, Frankfurt a. M. 2007, S. 176–195; dies.: Selbststilisierungen einer inhaftierten Terroristin. Arbeit am Terrorismusdiskurs in der Schweiz der 1970er Jahre, in: Christine Künzel und Gaby Temme (Hg.): Täterinnen und/oder Opfer? Frauen in Gewaltstrukturen, Münster 2007, S. 124–140.
- 111 Als Überblick zu den 1970er Jahren in Österreich vgl. Friesenbichler, Georg: Unsere wilden Jahre. Die siebziger Jahre in Österreich, Wien 2008.
- 112 Zakravsky, Peter: Als alles vorbei war, in: Die Presse, Spectrum, 15.9.2007. Das Ende von „LILI“ titelte die „Wochenpresse“ am 30. November 1977.
- 113 Die Erklärungen der linken Organisationen (wie Linke Liste, SOAK, GRM, MLS, IKL, und der Institutsgruppen der Politologie und Romanistik) finden sich in der Dokumentation zu Palmersentführung, die von Werner Wögerbauer, Studienrichtungsvertreter der Theaterwissenschaft herausgegeben wurde. Es handelt sich um so genannte graue Literatur, erhältlich u.a. in der Fachbibliothek für Zeitgeschichte (B-602/Sch). Die großteils maschinschriftliche Dokumentation enthält auch eine Zusammenstellung von kopierten Presseberichten und Anweisungen, wie man sich bei Polizeiverhören und Hausdurchsuchungen verhalten sollte.
- 114 Die Namen aller Entführer bekannt, in: AZ 1.12.77, 5.
- 115 Vgl. die Aussagen Pitsch vor der Staatspolizei.
- 116 Niederschrift aufgenommen mit E.F. am 3.12.1977, StaPo, Bd. V, S. 217–221.
- 117 Polizeihaft dürfte maximal 48 Stunden dauern. Auch bei anderen Personen, wie einem ehemaligen Mitbewohner von Gratt oder dem Mitbewohner von Keplinger, die mit der Palmersentführung überhaupt nichts zu tun hatten, wurden die maximal zulässigen Anhaltungen durch die Polizei weit überschritten.
- 118 Opferschutz war damals noch unbekannt, also brachten die Zeitungen die Fotos der Verhafteten und berichteten über Pitsch, er sei „weinend zusammengebrochen“, und habe alles erzählt: „Er redete und redete“, stand z.B. in der „Arbeiterzeitung“ vom 1.12.1977, 5. Dieses Image als „Verräter“ wurde Pitsch nicht mehr los.
- 119 Misik, Robert: Wie wurden Sie zum Terroristen, Herr Pitsch?, TAZ 2.6.2007.
- 120 FAZ 14. Mai 2007.
- 121 Gratt wird in der wissenschaftlichen Literatur in der Kategorie der Aussteiger und Kronzeugen geführt. Wunschik, S. 558. Zum Ehrenkodex der RAF gehörte es, bei Festnahmen von der Waffe Gebrauch zu machen und bei Gerichtsverhandlungen zu schweigen. Die später in Berlin angeklagten TerroristInnen Gabriele Rollnik, Angelika Goder, Klaus Viehmann, Gudrun Stürmer schwiegen zur Palmers-Entführung.
- 122 Zu literarischen Produktion von Gratt vgl. Sommer, Robert: An einem bestimmten Punkt der Grausamkeit ..., in: Augustin 9/2007, http://www.augustin.or.at/?art_id=470.
- 123 Misik, Robert: Wie wurden Sie zum Terroristen, Herr Pitsch?, in: TAZ 2.6.2007.
- 124 Meinhart Edith, in: Profil 13.11.2006.
- 125 Lackner, Erna: Österreich – das Hinterland des RAF-Terrors, in: FAZ 14. Mai 2007.
- 126 Terrorismus ist immer auch als „Kommunikationsstrategie“ zu verstehen, denn terroristische Gewalttaten zielen nicht bloß auf die jeweiligen Opfer, sondern sind vielmehr in erster Linie darauf angelegt, auf nicht direkt Betroffene zu wirken, indem durch die mediale Wahrnehmung und Deutung dieser Anschläge das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat und seine Schutzfunktion für sie untergraben wird. Der Staat kann die terroristischen Erklärungen wie „Guerillakrieg“ zurückweisen oder – wie im Fall der BRD bis zum Herbst 1977 – auch annehmen. Waldmann, Peter: Provokation der Macht, München 1998, überarbeitete Neuauflage 2005; vgl. auch Weinbauer, Klaus: Terrorismus und Kommunikation: Forschungsstand und -perspektiven zum bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre, in: Colin, Nicole / Graaf, de Beatrice / Pekelder, Jacco / Umlauf, Joachim (Hrsg.): Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven, Bielefeld 2008, S. 109–123.
- 127 Vgl. dazu: Terhoeven, Petra: „Der Tod und das Mädchen“; Balz, Hanno: Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Für eine Analyse der feministischen Diskussion zu diesen vergeschlechtlichten Sicherheitsdiskursen vgl. Bandhauer-Schöffmann, Irene: „Emanzipation mit Bomben und Pistolen“? Feministinnen und Terroristinnen

in den deutschsprachigen Sicherheitsdiskursen der 1970er Jahre, in: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 2009, H. 2, S. 65–84.

- 128 Vgl. Der Baader-Meinhof-Report. Dokumente, Analysen, Zusammenhänge. Aus den Akten des Bundeskriminalamtes, der „Sonderkommission, Bonn“ und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, Mainz 1972. In diesem Buch wird mehrmals dieser Konnex hergestellt und im Dokumentenanhang finden sich Dokumente zum „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“ und zu „Kinderläden“.